**Zeitschrift:** Jahrbuch der Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich
**Herausgeber:** Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich
**Band:** - (1915)

**Artikel:** Die Balkanfrage
**Autor:** Wirz, Robert
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-819568

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Benützte Literatur für „Die Balkanfrage“.


*Prof. Dr. O. Kaemmel:* „Spamers Illustrierte Weltgeschichte“.
*Dr. A. Wirth:* „Geschichte der Türken“.
*A. Kutschbach:* „Die Serben im Balkankrieg 1912/13“.
*Dr. K. Floericke:* „Geschichte der Bulgaren“.
*Otto Hoetzsch:* „Rußland“.
*Arthur Singer:* „Die Geschichte des Dreibundes“.
*Hans F. Helmolt:* „Der Inhalt des Dreibundes“.
*Dr. Paul Rohrbach:* „Deutschland unter den Weltvölkern“.
„ „Die Bagdadbahn“.
*Dr Th. Greyerz:* „Zur Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges“.
*Dr. W. Hünerwadel:* „Die geschichtlichen Vorbedingungen des Europäischen Krieges“.
*Leo N. Trotzky:* „Der Krieg und die Internationale“.
*Otto Bauer:* „Österreichs auswärtige Politik und die Sozialdemokratie“. In „Der Kampf“ 1907/08.
„ „Österreich und der Imperialismus. In „Der Kampf“ 1908/09.
„ „Österreich-Ungarn und Italien“. In „Der Kampf“ 1910/11.
„ „Der Krieg um Makedonien“. In „Der Kampf“ 1912/13.
„ „Der Kampf um Albanien“. In „Der Kampf“ 1912/13.
„ „Der 2. Balkankrieg“. In „Der Kampf“ 1912/13.
„ „Nach dem Balkankriege“. In „Der Kampf“ 1912/13.
*Heinrich Weber:* Das südslavische Problem“. In „Der Kampf“ 1908/09.
*Karl Renner:* „Österreich und die Südslaven“. In „Der Kampf“ 1912/13.
*Hermann Wendel:* „Glück und Ende des Jungtürkischen Komitees“. In „Der Kampf“ 1911/12
*C. Slepanek:* „Bosnien und die Herzegowina“. In „Der Kampf“ 1908/09.
*Juraj Demetrovic:* „Dualismus oder Trialismus“. In „Der Kampf“ 1908/09.
„ „Die Entwicklung der südslavischen Frage“. In „Der Kampf“ 1911/12.
„ „Die Südslaven und die Weltpolitik“. In „Der Kampf“ 1912/13.
*F. Topalovits:* „Die Agrarfrage in Bosnien und der Herzegowina“. In „Der Kampf“ 1911/12.
„ „Die Agrarfrage in Bosnien und die österreichisch-ungarische Regierung“. In „Der Kampf“ 1911/12.

*Belgisches Graubuch — Deutsches Weißbuch*
*„Neue Zürcher-Zeitung“ — „Der Bund“*

# Die Balkanfrage.

Robert Wirz, Winterthur.

**Einleitung.** Eine Hauptursache des Weltkrieges ist ohne jeden Zweifel die Balkanfrage. Sie ist entstanden aus dem Zerfall der Türkenherrschaft, den Ablösungsbestrebungen und der erwachten nationalen Bewegung der christlichen Balkanvölker, die sich um das Erbe streiten, bei dessen Liquidation auch die Großmächte ihre Interessen anmelden. Seit Jahrzehnten galt der Sultan als der „kranke Mann", die Türkei als „die Wetterecke"; seit Jahren schon drohte ein europäischer Krieg, und immer wieder verzog sich die Gefahr, so oft, daß niemand mehr ernstlich daran glauben wollte. Fast unerwartet darum ist 1914 im Balkan unten der Stein ins Rollen gekommen.

Die Verhältnisse sind so verwickelt, daß ohne genauere geschichtliche Kenntnisse ein Verständnis der Frage nicht möglich ist.

## 1. Das Osmanische Reich.

**Vorgeschichte.** Infolge ihrer Lage, die sie als Brücke zwischen Europa und Vorderasien erscheinen läßt, hatte die Balkanhalbinsel zu allen Zeiten eine große Bedeutung in der Völkergeschichte. Die Griechen umsäumten sie mit Pflanzstädten, kaufmännischen Kolonien, und ihrem geschulten Auge entging auch die wichtige Übergangsstelle am Bosporus nicht — es entstand Byzanz, dessen Bedeutung infolge der Erschließung des Ostens durch Alexander von Makedonien noch steigen mußte. Das Griechentum wurde politisch durch die kriegstüchtigeren Römer abgelöst, kulturell aber zeigte es sich überlegen und lebensfähig. Die späteren Kaiser verlegten die Residenz an die Stelle, wo Abendland und Morgenland sich berühren — aus Byzanz wurde Konstantinopel, die Stadt des Konstantin, 330 n. Chr. Als die früher schon versuchte Verwaltungstrennung nach dem Tode des Theodosius, 395, sich zur förmlichen Reichstrennung auswuchs, blieb es die Hauptstadt des Oströmischen, oder Byzantinischen, oder Griechischen Kaisertums, das den gesamten griechischen Osten umfaßte. Während sein westlicher, lateinischer Bruder durch die Völkerwanderung

schon 476 vernichtet wurde, erhielt es sich noch über tausend Jahre, allerdings in den verschiedensten Größenverhältnissen. Germanen-, Slaven- und Araberstürme setzten dem einst so mächtigen und ausgedehnten Reiche schwer zu und ließen es auf klägliche Reste zusammenschrumpfen. Ums Jahr 1100 schien das Ende gekommen zu sein. Die Araber, die aus oströmischen und andern Ländern ein Weltreich aufgerichtet hatten, waren im Niedergang begriffen. Schon lange hatte der Emir al Omra, der Hausmeier der Kalifen zu Bagdad, sich mit einer ausländischen Leibwache umgeben und seine Macht auf Söldner gestützt, auf seldschukkische Türken, die aus der Gegend des Altai herstammten. Ja, ums Jahr 1050 war der Emir al Omra selber ein Seldschukke. Das Reich löste sich in eine Reihe seldschukkischer Sultanate auf. Gegen diese Türkstämme schien sich das verweichlichte und heruntergekommene griechische Reich nicht mehr halten zu können; darum rief das bedrohte Byzanz das Papsttum zu Hülfe. Das Ringen der Völker des Westens gegen die des Ostens geschah unter religiöser Flagge, Kreuz gegen Halbmond. Die Kreuzzüge, 1100—1300, vermochten das Verhängnis nur aufzuschieben, nicht aber abzuwenden. Um 1220 erfolgte gleichsam ein Gegenstoß des Ostens. Der Mongole Dschingischan dehnte sein Weltreich bis nach Polen aus, erschütterte aber zugleich die stammesverwandten Seldschukkenreiche in Vorderasien.

**Die Reichsbildung.** Der Mongolensturm hatte ein weiteres Türkvolk vom Aralsee her nach Südwesten geschoben (nach 1230). Der Stamm zählte mit seinen Mitläufern etwa 50,000 Köpfe. Er breitete sich allmählich über Kleinasien aus. Zuerst im Dienste des seldschukkischen Herrschers von Konia, machte sich Osman um 1300 selbständig, nahm den Titel Sultan an und dehnte seinen Besitz auf Kosten des absterbenden Griechentums bis gegen das Marmarameer aus. Nach ihm nannte sich das Volk Osmanen (Osman-li; li = Mehrheitsendung). Brussa wurde Hauptstadt. Kleinasien war noch lange nicht unterworfen, als schon räuberische Scharen auf die thrakische Halbinsel nach Europa übersetzten. Sultan Murad I. umging Konstantinopel und beschränkte die Herrschaft der griechischen Kaiser auf diese Stadt und ihre Umgebung. 1365 machte er Adrianopel zu seiner Residenz. Serben und Bulgaren zahlten nach ihrer Besiegung Tribut, und als der Serbenkönig Lazar in Gemeinschaft vieler Fürsten das

Türkenjoch abschütteln wollte, verlor er auf dem Amselfelde, bei Kossowa, 1389, Schlacht und Leben. Auch Murad fiel, wie die Sage später wissen wollte von Mörderhand; er wurde an Ort und Stelle begraben und ist der erste Sultan, der in europäischer Erde ruht.

Die staunenswerten Erfolge des ursprünglich so kleinen Volkes waren nur möglich infolge seiner genialen Heeresorganisation und klugen Politik den Unterworfenen gegenüber. Der Islam war das Feldgeschrei, das Sieg brachte; trotzdem war er noch gar nicht in die Tiefe gedrungen; der eigentliche Glaube der ersten Osmanenzeit war eine sinnlich fröhliche Naturreligion. Massenhaft traten die besiegten Christen zu den Osmanen über und erhielten sofort alle Rechte des herrschenden Stammes. Die unterworfenen Christen aber zahlten den Knabenzins, mußten also junge Söhne liefern, die man in das türkische Volkstum und seinen Glauben aufnahm. Sie wurden militärisch geschult, kaserniert, blieben unverheiratet und bildeten die glänzende, fanatische Fußtruppe der Janitscharen (Neutruppen). Neben ihnen bestand die reguläre Reitertruppe der Spahi, die als Gegenleistung für ihre Dienstpflicht mit den erblichen Einkünften von Dörfern der unterworfenen Gebiete belohnt wurden. Zu einer Zeit, da in Westeuropa das Lehensheer in Zerfall geriet und dem Gelegenheitsheere der Söldner Platz machte, mußte die stehende Heeresmacht der Osmanen unbedingt überlegen sein. Murads Nachfolger, Bajasid I., „der Blitz“, führte die Eroberung der Balkanhalbinsel weiter, drang über die Donau bis nach Siebenbürgen und vernichtete ein Kreuzheer unter dem ungarischen König Siegmund bei Nikopolis (1396), wobei die Blüte der deutschen und französischen Ritterschaft zugrunde ging. Stolz erklärte der Sieger, sein Pferd werde bald im Vatikan seinen Hafer fressen. Doch schon nahte das Verderben. Eine zweite Mongolenwelle unter Timur Lenk flutete gegen Westen, und die Schlacht von Angora entschied gegen Bajasid, der in Gefangenschaft geriet, 1402. Ein Menschenalter später hatten sich die Osmanen wieder völlig erholt und trugen ihre Waffen bis nach Dalmatien und Ungarn. So konnte Mohammed II. sich endlich mit aller Macht auf Konstantinopel werfen, das nach tapferer Verteidigung 1453 in seine Hände fiel. Die östliche Hauptstadt des Abendlandes, der Sitz uralter, hoher Kultur, ging damit für Europa verloren. Schon längst hatte das alte Reich nur eine Scheinexistenz geführt, die sich auf Söldner

stützte. Die verweichlichte, durch religiöse Streitigkeiten zerrissene Bevölkerung war für die Stadt mehr eine Gefahr, als eine Stütze; um so größer erscheint die Heldengestalt des letzten Kaisers Konstantin XII, der den Untergang des Reiches nicht überleben wollte und im dichtesten Kampfgewühl den Tod suchte und fand. Das Abendland empfand den Fall der Stadt als einen Tag des Gerichtes und war auf das Schlimmste gefaßt.

Nicht nur die gesamte Ländermasse des einst so mächtigen byzantinischen Reiches, sondern auch dessen Regierungssystem, mit einer dünnen Oberschicht von Herrschenden den großen Haufen der durch Rasse und Religion geschiedenen Völker zu verwalten, wurde von den Siegern übernommen. Das war nur bei einer verhältnismäßig großen Duldsamkeit möglich, die den christlichen Rajahvölkern (unterworfene Masse) Land und Glauben ließ und sich mit Steuern und Abgaben begnügte.

Unter seiner neuen Hauptstadt Stambul ging das Reich rasch seinem Höhepunkt entgegen. Zu Land und auch zur See drangen die Osmanen unaufhaltsam vor; das östliche Mittelmeer wurde zum türkischen Meer, und der Abschluß gegen Osten zwang die Westeuropäer zur Aufsuchung des Seeweges nach Indien. Ein bedeutender Herrscher löste den andern ab. Das größte militärische Talent der Osmanen, Selim I., eroberte Kurdistan, Syrien, Ägypten und verdoppelte so das Reich. Höchst wichtig war die Übertragung der geistlichen Leitung, des Kalifates, vom letzten Abbasiden in Kairo auf den Sultan, der damit die Oberhoheit über die heiligen Stätten Mekka und Medina erhielt. Die Mongolen hatten damit die Araber in der Leitung der Moslem abgelöst.

**Blütezeit.** Die nicht selten sehr kunstsinnigen osmanischen Herrscher verpflanzten oft die in Kunst und Kunsthandwerk berühmten Bewohner eroberter Städte: Baumeister, Schnitzer, Teppichweber, Metallarbeiter, nach Stambul und verwendeten diese Leute zur Ausschmückung der Hauptstadt. Noch heute erregen ihre Kunstwerke die Bewunderung der Besucher. Die kriegerisch und kulturell glänzende Zeit wurde weiter und zum Höhepunkt geführt durch Selims Nachfolger Suleiman II., den Prächtigen, den Zeitgenossen Karls V. Seltene Herrschertugenden zeichneten diesen Mann aus. Trotz gewisser Gewalttaten, die nun einmal bei keinem türkischen Sultan fehlen, war er im ganzen gerecht und milde. Es war eine Höhezeit des türkischen Islams überhaupt, trug doch gerade damals der Mogul Baber,

auch aus einem Türkstamme, die mohammedanische Herrschaft nach Indien.

Durch die Schlacht von Mohacs, 1526, wurde Ungarn für über 1½ Jahrhunderte türkisch. 1529 stand Suleiman vor Wien, ohne daß er aber die gut verteidigte Stadt nehmen konnte. Dafür eroberten die Osmanen Nordafrika und die östlichen Inseln; auch das Schwarze Meer wurde durch die Besiegung der dortigen Stammesgenossen, der Tataren, zum türkischen Binnenmeer. In der Politik wohlerfahren, pflegte Suleiman große Freundschaft mit Frankreich, sodaß die zwei Reiche gewöhnlich gleichzeitig gegen ihre gemeinsamen Gegner, die Habsburger, vorgingen. Fast 50 Jahre herrschte der große Sultan. Glänzende Feldherren, Großveziere, Diplomaten paarten sich mit hervorragenden Gelehrten, Künstlern und Dichtern, und man durfte sich mit Recht fragen, welchem der Kulturzentren, Rom, Delhi oder Stambul, der Vorrang gebühre. Waren auch die Leistungen nur zum Teil original, so wußten die Osmanen jener Zeit doch nicht nur die Völker, sondern auch deren Kulturleistungen geschickt in ihren Dienst zu ziehen.

Das türkische Weltreich, das weite Gebiete in drei Erdteilen umfaßte, konnte nach Suleimans Tod, 1566, sich noch etwa hundert Jahre im ganzen unangetastet erhalten. Erfolge und Niederlagen lösten einander ab. Nachdem das venetianische Cypern erobert worden war, mußten die bedrohten Mittelmeermächte diesen Fortschritten wehren. Die Spanier, Venetianer, Malteser und der Papst schlossen einen Bund und griffen mit über 200 Kriegsschiffen die Türkei an. Unter der Führung Don Juans d'Austria errangen sie den glänzenden Sieg von Lepanto, am Eingange des korinthischen Meerbusens, 1571. Zwar nützten die uneinigen Verbündeten den Erfolg nicht aus; aber das westliche Mittelmeer war wenigstens gesichert; dafür verdrängten die Osmanen die Italiener aus dem Ägäischen Meer, indem sie noch 1669, nach dreijährigen Anstrengungen, die Venetianer aus Kreta warfen.

**Beginnender Verfall.** Der kriegerische Geist des Osmanenvolkes hatte das Reich aufgebaut, dem Abnehmen desselben parallel ging das Sinken des Staates. Feiglinge und Weichlinge, welche die Entbehrungen des Schlachtfeldes flohen, saßen auf dem Throne. Ihr ganzes Trachten ging auf ungestörten Genuß. Ihre erste Sorge war darum gewöhnlich die Ausrottung aller hervorragender Mitglieder des Hauses Osman, was, verstärkt durch die üppige Haremswirt-

schaft, zu dessen Entartung führen mußte. Die Lenkung des Staatsschiffes ging immer mehr auf die Reichskanzler, die Großveziere, über, von denen besonders die aus den albanischen Sippen der Sokolli und der Köprili hervorragten. Andere aber waren Erpresser und Tyrannen, die ihre hohe Stellung zur eigenen Bereicherung mißbrauchten. Unter solchen Verhältnissen mußte die frühere, straff militärische Organisation sich lockern. Die Janitscharen verloren ihre kriegerische Zucht und spielten eine ähnliche Rolle wie die Prätorianer des untergehenden römischen Kaisertums. Sie erpreßten von den Sultanen Geld und Vorrechte und mischten sich nicht selten in die Thronstreitigkeiten. Die Türken waren immer Schmarotzer, Beamtenwillkür lastete auf dem Volke, die Verwaltung wurde verdorben und bestechlich. Zu dieser Verlotterung des Staates kamen finanzielle Schwierigkeiten. Als echte Orientalen wußten auch die Türken mit dem Gelde nicht zu haushalten.

Noch war diese innere Zersetzung nach außen wenig sichtbar. Der gleiche Großvezier Achmed Köprili, der 1669 Kreta genommen hatte, besiegte die Polen und erwarb von ihnen vorübergehend Podolien und die Ukraine, die türkische Schutzstaaten wurden. Unter seinem Nachfolger Kara Mustafa wurde sogar der Plan Suleimans wieder aufgenommen, den östlichen Eckstein Westeuropas, Wien, zu erobern. 1683 legte er sich mit einem für damals ungeheuren Heere von 200,000 Mann vor die Kaiserstadt, aus welcher der gesamte Hof geflohen war. Doch verloren andere den Kopf nicht. Unter der Führung des Grafen Starhemberg schlugen Soldaten und Bürger alle Stürme ab. Die Osmanen, Meister in der Belagerungskunst, eröffneten eine regelrechte Belagerung mit Laufgräben und Minen. Die Stadt war beinahe am Ende ihrer Kraft, und nur der Geiz Kara Mustafas rettete sie, indem er den allgemeinen Sturm aufschob, um die Schätze der Kaiserstadt nicht einer allgemeinen Plünderung ausliefern zu müssen.

Die Zeitgenossen sahen recht deutlich die Größe der Gefahr. Der Fall der Grenzfeste hätte weiten Gebieten die Türkenplage gebracht — Plünderung und Wegführung der Bevölkerung in die Sklaverei —, und in besondern Türkenpredigten wurde auch in unserem Lande die Hülfe des Himmels erfleht.

**Der österreichische Angriff.** Doch auch das Deutsche Reich sah, was auf dem Spiele stand. In Verbindung mit

dem Polenkönig Johann Sobieski, einem erprobten Türkensieger, dem das Hauptverdienst des Tages zufiel, schlug das Reichsheer — Hauptführer Karl von Lothringen — die Osmanen so gründlich, daß die Christenheit sich zu einem Hauptstreiche aufraffen konnte. Der Papst brachte einen Bund zwischen dem Römisch-Deutschen Reiche, Polen, Venedig und Rußland zustande, mit dem Zwecke, den allgemeinen Angriff auf das Osmanenreich zu eröffnen. Führend war dabei das Habsburgische Reich, das in diesen Türkenkriegen seine Glanzzeiten durchlief. Die Türkengefahr begründete so recht eigentlich die Habsburgische Monarchie. Als 1526 der junge Ungarnkönig Ludwig II. bei Mohacs fiel, kam Ungarn laut abgeschlossenem Erbvertrag an Ferdinand I. von Österreich (Bruder Karls V.), den Gemahl seiner Schwester, zwar mehr theoretisch; denn nur geringe Gebiete in Oberungarn fielen tatsächlich in seine Hand, während in Ofen ein türkischer Pascha residierte. Der Habsburgische Staat mußte gerade infolge seiner Ansprüche auf Ungarn die furchtbaren Stöße der Osmanen parieren. Er erwies sich als ein schützender Wall für den Westen gegen die drohende mohammedanische Überflutung. Er war bei der Ohnmacht des Reiches in der Hauptsache auf sich selber angewiesen. Nachdem der 30jährige Krieg Österreich noch stärker vom Deutschen Reiche abgerückt hatte, zeigte es die Energie eines jungen Staates, der seine Selbständigkeit und seine Daseinsberechtigung durch Taten beweisen wollte. Durch Reichstruppen verstärkt, brachen die Österreicher in Ungarn ein, erstürmten Ofen und gewannen durch den Sieg Karls von Lothringen bei Mohacs 1687 Kroatien und Slavonien. Hierauf bewilligten die ungarischen Stände die Umwandlung ihres Wahlreiches in ein habsburgisches Erbreich, dem sich auch Siebenbürgen anschloß. Glänzende Siege des Markgrafen von Baden und des Prinzen Eugen von Savoyen (1697 an der Zenta) zwangen die Osmanen zum Frieden von Karlowitz, 1699. Er bedeutet eine erste Liquidation des Türkenreiches. Ungarn und Siebenbürgen, das Banat ausgenommen, fielen an Österreich; die Venetianer, die unter ihrem großen Admiral Morosini in Griechenland Erfolge davon getragen hatten, bekamen Morea; Podolien fiel an Polen, Asow an Rußland.

1715 nahmen zwar die Osmanen Morea wieder; hingegen führte Österreich einen zweiten, glücklichen Angriffskrieg. Führer war wiederum Prinz Eugen, dessen Taten im Westen

das lebhafteste Interesse weckten. Damals entstand das berühmte Soldatenlied:

„Prinz Eugenius der edle Ritter,
Wollt dem Kaiser wiederum kriegen
Stadt und Festung Belgarad.
Er ließ schlagen einen Brucken,
Daß man kunt hinüberrucken
mit d'r Armee wohl für die Stadt."

Die Siege von Peterwardein, 1716, und Belgrad, 1717, brachten Österreich das Banat, einen Teil Serbiens mit Belgrad und die kleine Walachei ein. Interessant ist, daß die wichtigsten Türkensiege nicht von Österreichern, sondern von Ausländern erfochten wurden. Österreich schien sich einen Weg an das Ägäische und Schwarze Meer bahnen zu wollen. Aber die entwickelte Energie hielt nicht lange an. Der letzte männliche Habsburger, Karl VI., beschäftigte sich fast ausschließlich damit, seiner Tochter Maria Theresia die Erbfolge zu sichern und ließ dabei Verwaltung und Militär kläglich verfallen. Ein dritter Türkenkrieg (im Bunde mit Rußland) brachte nur Schlappen, sodaß die 1718 erworbenenen Teile Serbiens und der Walachei wieder verloren gingen und man sich mit Save und Donau als Grenze begnügen mußte. 1739. Damit war Österreichs Rolle im Balkan für lange Zeiten ausgespielt; es hat das Verdienst, die Türkengefahr von Westeuropa abgewendet und die Türkenmacht schwer erschüttert zu haben. Für dauernde Änderungen im Balkan reichten Energie und Kraft nicht aus. Es machte einem andern, nämlich Rußland, Platz.

**Der russische Angriff.** Bis etwa zum Jahre 1700 kam Rußland, als ein Stück Asien, für Europa wenig in Betracht. Zunächst unter der Leitung des Großfürsten von Kiew, empfing es Kultur und Glauben von Konstantinopel (griechisches Kaiserreich), um 1000. (Wladimir der Große.) Immerwährende Streitigkeiten der Teilreiche schwächten die Russen, sodaß sie durch die einbrechenden Mongolen für 250 Jahre türkischen (nicht osmanischen) oder tatarischen Horden zinspflichtig wurden. Um 1350 wurde Moskau Zentrum des Russentums. Iwan III., der Große, einigte das Reich und schüttelte die Oberherrschaft der Mongolen ab. Iwan war mit der Nichte des letzten griechischen Kaisers Konstantin vermählt. Er nahm das Wappen der Oströmer, den zweiköpfigen Adler an, indem er es mit dem Moskauer Wappen, dem Bilde des heiligen

Georg, verband. Dadurch wurde wohl sinnbildlich angedeutet, daß er sich als Fortsetzer des griechischen Kaisertums betrachte. Iwan IV. (der Schreckliche) nahm etwa hundert Jahre später den Titel Zar (Kaiser) an; er räumte mit den mongolischen Chanaten in der Wolgagegend auf; nur die Tataren der Krim konnten sich noch halten.

Aber erst Zar Peter hob Rußland mit wenigen kräftigen Griffen zur Großmacht empor. Als er die Regierung antrat, stand sein Land, wenn auch sehr ausgedehnt, noch hinter allen Nachbarn: Schweden, Polen, Türken und Persern, zurück. Er europäisierte Rußland und verschaffte ihm den Zugang zur Ostsee und dem Schwarzen Meer, während ihm bisher das Weiße Meer nur eine sehr beschränkte Verbindung mit Europa gewährt hatte. So machte er nach der Belagerung von Wien bei dem allgemeinen Angriffe auf die Türken mit und erstürmte 1696 Asow. Die Russen konnten nach 600 Jahren zum ersten Male wieder am Schwaren Meere Fuß fassen. Als Karl XII. von Schweden nach seiner Niederlage von Pultawa in der Türkei Asyl fand, suchte er die Türken in einen Krieg gegen Rußland zu treiben, während dieses die Auslieferung verlangte. Peter stachelte die religiösen Gefühle seines Volkes auf. Er betonte die Glaubensbrüderschaft mit den unterworfenen Christen des Balkans und forderte, daß das Kreuz den Halbmond auf der Kuppel der Hagia Sofia wieder ersetze. Diese „Befreiung der Glaubensbrüder“ wurde für 150 Jahre das Feldgeschrei der Russen. Bereits wies er der spätern russischen Politik den Weg, indem er mit den Balkanvölkern Fühlung suchte. Aber Peter holte sich eine schwere Schlappe. Er wurde 1711 am Pruth mit seinem Heere umzingelt, und nur eine Frau vermochte ihn dem sicheren Untergange zu entreißen, indem sie den Großvezier bestach. Immerhin mußte Asow wieder preisgegeben werden.

Viel schärfer und nachhaltiger wurden die russischen Angriffe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, unter Katharina II. Die Russen suchten die Hand auf das absterbende Polen zu legen, und im Interesse des östlichen Gleichgewichtes ergriffen die Türken die Partei der Polen, ihrer früheren Gegner. In diesem ersten großen Russisch-Türkischen Kriege, 1768—74, zeigte sich aufs deutlichste der bedenkliche Verfall des Osmanischen Reiches. Die Russen drangen in die Walachei, ja über die Donau, schlugen die Tataren der Krim, und ihre Flotte vernichtete bei Tschesme, in der Nähe der Insel Chios,

die türkischen Schiffe. In Morea unterstützten sie auch die aufständischen Griechen. Der Frieden von Kütschük Kainardschi, 1774, kostete die Osmanen alle Plätze an der Nordküste des Schwarzen Meeres; die Krim wurde als unabhängig erklärt, um kurz nachher Rußland einverleibt zu werden. Viel schlimmer noch war das Schutzrecht über die Christen der Donaufürstentümer Moldau und Walachei, indem es zu jeder Zeit eine Einmischung in die türkischen Dinge erlaubte und weil die Russen daraus ein Protektorat über alle orthodoxen Christen im türkischen Reiche ableiteten. Seither ist der Besitz von Konstantinopel das Ziel der russischen Balkanpolitik. Schon Katharina verfolgte den Gedanken, ihren Enkel Konstantin als griechischen Kaiser in Konstantinopel einzusetzen. Von 1787—92 führte sie einen zweiten Türkenkrieg, den anfänglich auch Österreich, aber ohne großen Erfolg, mitmachte. Im ganzen hielt die Türkei wacker stand, sodaß sie im Frieden von Jassy 1792 nur wenig Gebiet am Dnjestr, welcher Fluß Grenze wurde, einbüßte; erst der dritte Russisch-Türkische Krieg, 1806—1812, schob die Grenzlinie bis an den Pruth vor.

## 2. Die beginnende Zersetzung.

**Mehemed Ali.** Aber nicht nur gegen Außen hatten die Osmanen sich zu wehren; die bedrohliche Lage weckte die Abfallgelüste der Untertanen. Bis dahin war der eigentliche Staatskörper intakt geblieben; die verlorenen äußeren Gebiete waren nie mit ihm verwachsen gewesen. Schwerer wog der Verlust Ägyptens. Sultan Selim hatte 1517 die Herren dieses Landes, die türkischen Mamelucken, ursprünglich die Leibwache des Herrschers, besiegt. Trotzdem ein Pascha eingesetzt wurde, blieben die Mamelucken-Beis die eigentlichen Herren. Ende des 18. Jahrhunderts benützten sie den Niedergang der Osmanen und machten sich selbständig. 1798 landete Napoleon Bonaparte, um sich einen Stützpunkt gegen das englische Indien zu verschaffen. Die Mamelucken wurden besiegt, suchten sich aber nach Abzug der Franzosen und Engländer wieder in den Besitz der Herrschaft zu setzen. Aber Mehemed Ali, ein Makedonier, der sich als türkischer Albanesenführer in Ägypten zum Pascha aufgeschwungen hatte, stellte das Ansehen der Pforte wieder her, indem er die Mamelucken-Beis zur Unterwerfung zwang und sie später treulos niedermetzeln ließ. Mehemed Ali, der sich als unbeschränkter

Herr des Landes geberdete, schuf sich nach europäischem Muster ein starkes Heer und eine Flotte. Er und sein Adoptivsohn Ibrahim unterwarfen Arabien, Kordofan, Nubien und schlugen ihre Hand über Kreta und Syrien. Jeder türkische Widerstand wurde niedergeworfen; bereits stand das ägyptische Heer in Kleinasien. Als nach einer schweren Niederlage des türkischen Landheeres die ganze Flotte zu dem Ägypter überging, griffen die Mächte ein. Sie blockierten Alexandrien und beschossen die syrischen Küstenplätze. Mehemed Ali sah sich gezwungen, Syrien zu räumen und sich dem Sultan wieder zu unterwerfen. Ein Ziel aber hatte er doch erreicht, da ihm dieser die erbliche Statthalterschaft in Ägypten übertragen mußte.

**Die Ablösung Serbiens.** Schon waren die Abfallgelüste auch auf dem Balkan lebendig geworden. Unter Führung des Schwarzen Georg und des Milosch Obrenowitsch erkämpften sich die slavischen Serben eine gewisse Unabhängigkeit. Sie waren im Jahre 638 eingewandert, standen zuerst unter Ostrom und bekehrten sich zum griechisch-katholischen Christentum. Dann gründeten sie ein selbständiges Reich, das unter Zar Stephan Duschan um 1350 den Höhepunkt erreichte. Dieses Groß-Serbien umfaßte beinahe die ganze Balkan-Halbinsel. In diese Zeit fiel aber das Herüberdrängen der Osmanen aus Asien, und die Schlacht auf dem Amselfelde, 1389, entschied endgültig das Übergewicht der Osmanen gegenüber den Balkanslaven. Serbien sank in der Folge zur türkischen Provinz herab. Da die Serben aber Sprache, Glaube und Sitten sich bewahrten, erhielten sie sich als Nation. Die Erinnerung an die glorreiche Heldenzeit blieb im Volke wach, ebenso die Hoffnung, das Türkenjoch doch einmal abschütteln zu können. Mit dem Vordringen der Österreicher und der Eroberung von Belgrad schien eine Änderung einzutreten; als aber ein Rückschlag kam, verließen Zehntausende von Familien die Heimat und wanderten in das Habsburger Reich, nach Süd-Ungarn, ein, sodaß dort eine zusammenhängende serbische Bevölkerung entstand. Sogar der religiöse Oberherr, der Patriarch, verlegte seinen Sitz nach Karlowitz. Die kurze Zeit, da Österreich über größere serbische Gebiete regierte, (1718—1739), genügte aber, um die Begeisterung bedenklich abzukühlen, so gründliche Arbeit hatten österreichische Offiziere und Beamte geleistet. Der Druck der türkischen Soldateska trieb die Serben 1804 zum Auf-

stand, und 1817 wurde Milosch Obrenowitsch, nachdem Karageorg durch Meuchelmord gefallen war, zum Fürsten ausgerufen und von den Türken anerkannt. So war ein Vasallenverhältnis geschaffen, das die Wiedergeburt des Serbenstaates vorbereitete. Fast hundert Jahre lang rangen nun die Karageorgewitsch und die Obrenowitsch mit asiatischer Wildheit um die Herrschaft; trotzdem machte die Ablösung von der Türkei Fortschritte. 1867 verließen die letzten türkischen Truppen das Land.

Das kleine Montenegro führte nach dem Falle Großserbiens als kleiner Splitter dieses Reiches einen Freiheitskampf gegen die Türken, der Jahrhunderte dauerte. In Tat und Wahrheit blieb es unter der Herrschaft seines höchsten geistlichen Würdenträgers, des Vladiken, unabhängig. 1852 machte sich der Vladike Danilo I. zum erblichen Fürsten und erhielt die Anerkennung Oesterreichs und Rußlands. Der jetzige montenegrische Herrscher ist sein Neffe Nikita, der vor kurzem den Königstitel angenommen hat.

**Der griechische Freiheitskrieg.** Als erstes Volk erreichten die Griechen die völlige Befreiung von der Türkenherrschaft. Die Neugriechen sind ein Mischvolk. Die Nachkommen der alten Griechen vermengten sich mit Römern, Slaven, Türken; zudem sind sie stark mit Albanesen durchschossen. Nach den Zeiten der Kreuzzüge herrschten über das eigentliche Griechenland eine Reihe fränkischer Herren aus den Zeiten des lateinischen Kaiserreiches, ferner die Venetianer und Byzantiner. Sie alle mußten den Türken weichen; nur auf einer Anzahl Inseln konnte sich die Republik Venedig, die sich äußerst zähe für ihren Handel wehrte, länger behaupten. Da die Griechen überall den größten Teil des Grundeigentums an die Türken verloren, lag die Gefahr nahe, als Nationalität zu verschwinden. Die beste Schutzwehr dagegen war die griechische Kirche, die ihr Oberhaupt im Patriarchen zu Konstantinopel hatte. Er vertrat der Pforte gegenüber die Rechte der christlichen Rajahvölker. Ihm waren alle orthodoxen Christen, auch die nichtgriechischen, unterstellt, sodaß die griechische Kirche als eine Art Staatskirche der Türkei bezeichnet werden kann. Ihre Schulen allein vermittelten christliche Wissenschaft und retteten ein Stück byzantinischer Kultur in die neue Zeit hinüber. Die Griechen waren das Herrschervolk im Byzantinischen Reiche gewesen; sie blieben auch später, über die ganze Halbinsel verstreut, die wohlhabende Ober-

schicht der städtischen Bevölkerung. Sie waren Kaufleute, Steuerpächter, Geldwechsler, Geistliche, Ärzte und Lehrer und bildeten die Bourgoisie der christlichen Rajah. Diese wirtschaftliche, religiöse und geistige Führung wirkte magnetisch auf die übrigen Christenvölker, sodaß ihre reichen und gebildeten Kreise die griechische Sprache als mehrwertig annahmen, d. h. Griechen wurden. Die Spitzen der griechischen Bevölkerung lebten in Konstantinopel. Die Reste der alten byzantinischen Aristokratie, welche die Katastrophe von 1453 überdauert hatten, waren in einem besonderen Viertel, den Phanar, angesiedelt worden. Sie bildeten auch jetzt noch eine mit Vorrechten ausgestattete Klasse. Als Bankiers, Kaufleute und Reeder machten sie mit dem Staate Geschäfte und leisteten ihm vielfache Dienste. Alle Würden der griechischen Kirche blieben den Phanarioten vorbehalten, und die christlichen Fürsten der Moldau, der Walachei und von Samos wurden ihrem Kreise entnommen.

Die französische Revolution hatte auch die christliche Intelligenz im Türkenreich, die Griechen, berührt. Die Abschüttelung des Türkenjochs und die Wiederaufrichtung des Griechischen Kaiserreiches, das alle Balkanländer, welche der griechischen Kirche unterstanden, umfassen sollte, wurde der Sehnsuchtstraum dieser Kreise, die sich in einer Hetärie, einer geheimen Verbindung, zusammenfanden. Der Phanariot Fürst Alexander Ypsilanti, Sohn eines moldauischen Statthalters und russischer General, erhob in der Moldau die Fahne des Aufstandes. Dieser mißriet, weil die walachischen Bauern, die Hauptmasse der Bevölkerung, nicht bloß die türkische, sondern auch die phanariotische Ausbeutung stürzen wollten. Dagegen fand er seine Fortsetzung im eigentlichen Griechenland, in Morea, wo eine geschlossene griechische Bauernschaft den richtigen Rückhalt bieten konnte. Von 1821—1829 dauerte das Ringen. Die Türken versuchten mit ihren alten Mitteln, den entsetzlichsten Grausamkeiten, der Bewegung Herr zu werden und als die eigenen Kräfte nicht ausreichten, riefen sie ihren Vasallen Mehemed Ali von Ägypten zu Hülfe. Als sein Sohn Ibrabim Pascha in Morea die Griechen grausam dahinschlachtete, fand die öffentliche Meinung Europas, die durch das Metternichsche System darnieder gehalten wurde, ihren Durchbruch. England, Frankreich und Rußland schickten eine vereinigte Flotte nach Griechenland, die 1827 in der Schlacht von Navarin die türkisch-ägyptische vernichtete. Während franzö-

sische Truppen Morea von den Ägyptern säuberte, drangen die Russen über den Balkan und besetzten Adrianopel (4. Russisch-Türkischer Krieg). Im Verlaufe des Griechischen Freiheitskrieges hatte man wiederum Gelegenheit zu sehen, daß die alte, türkische Heereseinrichtung, die sich auf die Prätorianergarde der Janitscharen stützte, nichts mehr taugte. Reguläre Truppen, nach europäischem Muster, die Nizams, wurden eingeführt, in die auch die Janitscharen treten sollten. Wie immer, wenn ihnen etwas nicht paßte, empörten sie sich auch jetzt. Aber der Sultan ließ etwa 15,000 niederhauen und 20,000 verbannen, 1826. Wenn auch die Aufhebung dieser degenerierten Truppe eine absolute Notwendigkeit war, zeigte der Kriegsverlauf doch sofort, daß ein tüchtiger Ersatz nicht so leicht zu schaffen war. Im Frieden zu Adrianopel, 1829, erhielt Rußland einige Landabtretungen an den Donaumündungen und im Kaukasus; ferner mußte die Türkei zum voraus die Beschlüsse der Londoner Konferenz, die sich mit dem Schicksale Griechenlands befassen sollte, anerkennen. Diese sprach 1830 die Unabhängigkeit Griechenlands aus, das allerdings sehr enge Grenzen erhielt. Die Schutzmächte England, Frankreich und Rußland erhoben dann einen bayrischen Prinzen zum König, Otto I., der dreißig Jahre lang, im ganzen recht wohlwollend und gut, regierte. Das Land hatte durch den Krieg fürchtbar gelitten, dazu kamen Parteileidenschaft und panhellenische Bestrebungen, die eine geordnete Regierung unmöglich machten. Da der König die unruhige Vergrößerungssucht nicht befriedigen konnte, mußte er 1862 einem Aufstande weichen. 1863 wurde dann ein dänischer Prinz als Georgios I. zum König gewählt.

Die russische Bedrohung, der fortschreitende Abbröckelungsprozeß, vor allem aber die weitgehenden Ansprüche Mehemed Alis brachten die Türken in eine höchst kritische Lage. So trieb die Not zu Reformen: der Sultan appellierte an das gesamte Volk. 1839 wurde das großherrliche Edikt, der sogenannte Hattischerif von Gülhane, erlassen, der zum ersten Male den Grundsatz rechtlicher Gleichstellung der Mohammedaner und der christlichen Rajah verkündete und wichtige Verwaltungsreformen einleitete. Gerettet wurde die Türkei allerdings nur durch die Mächte, die Mehemed Ali zur Unterwerfung brachten. (Seite 11.) 1841 wurde dann in London zwischen den Großmächten und der Pforte der Dardanellenvertrag abgeschlossen, der die Meerengen für fremde Kriegsschiffe in Friedenszeiten verschloß.

**Der Krimkrieg.** Um die Mitte des Jahrhunderts schien das Geschick des absterbenden Osmanischen Reiches sich zu erfüllen. Rußland, das sich bisher nur mit Abschlagszahlungen hatte begnügen müssen, erachtete den Zeitpunkt als günstig, die Meerengen bei Konstantinopel endlich in seine Hand zu bringen, um so ans Mittelmeer zu rücken. Das Revolutionsjahr 1848 erschütterte Westeuropa. Rußland aber blieb völlig unberührt, ja, Zar Nikolaus I. konnte sich als Schützer der Legitimität auftun, indem er die Ungarn niederwarf und so die wankende Habsburgische Monarchie rettete. Er fühlte sich als Gebieter Europas; in der deutschen Einigungsfrage spielte er den Schiedsrichter zugunsten Österreichs. (Olmütz 1850.) Er hoffte nun auf Dank und fürchtete von dieser Seite keinerlei Widerstand gegen seine Pläne, 1853. Als der Fall Konstantinopels sich zum vierhundertsten Male jährte, sollte der Hauptschlag geschehen, der Halbmond von der Hagia Sofia heruntergeholt werden. Ein widerlicher Streit zwischen den orthodoxen und den römisch-katholischen Mönchen über die Benützung der heiligen Stätten in Jerusalem gab den gewünschten Anlaß zum Losschlagen. Nikolaus forderte, gestützt auf den Frieden von 1774, das Protektorat über alle griechisch-katholischen Christen der Türkei. Dadurch wäre er geradezu Mitherrscher des Sultans geworden. Das Ansinnen wurde zurückgewiesen, worauf die Russen die Donaufürstentümer besetzten (5. Russisch-Türkischer Krieg). Von der Kriegspartei getrieben, erklärte die Türkei den Krieg. England und Frankreich stellten sich sofort auf ihre Seite; sogar Österreich, das seine Interessen auf der Balkan-Halbinsel bedroht sah und Preußen verlangten die Räumung der Fürstentümer. Die türkische Armee erwies sich als leistungsfähiger als die Russen erwartet hatten und verteidigte die Donaufestungen und Armenien — der Krieg wurde wieder auf beiden Fronten geführt — mit großer Zähigkeit. Als die Österreicher durch die siebenbürgischen Pässe in die Donaufürstentümer einmarschierten, gingen die Russen ohne Widerstand über den Pruth zurück. Für die Westmächte war die Sache aber nicht erledigt, sie bezweckten die Aufhebung des Protektorates der Russen über die Donaufürstentümer und die Christen der Türkei sowie die Vernichtung der russischen Macht am Schwarzen Meere. Der Hülfskrieg für die Türken wurde zum Angriffskriege gegen Rußland, das sich als Herr Europas geberdete.

So landeten denn die verbündeten Franzosen und Engländer, denen sich später — um Freunde für seine nationalen Bestrebungen zu gewinnen — auch Sardinien anschloß, 1854 ihr Expeditionskorps auf der Krim. Zwar wurde die russische Feldarmee in blutigen Schlachten geschlagen (an der Alma, bei Inkerman); hingegen konnte die Belagerung der Festung Sebastopol nur mit den schwersten Opfern durchgeführt werden. Auf beiden Seiten wurde mit großer Tapferkeit gefochten. Der völlige Mangel an Verkehrsmitteln hinderte aber die Russen an einer richtigen Verpflegung und genügenden Ergänzung des Heeres; sein Handel war unterbunden, und die schlechte Verwaltung zerrüttete die Finanzen. Diese schlimmen Erfahrungen brachen die Kräfte des selbstbewußten Zaren, sodaß er vor Beendigung des Krieges aus Ärger über die Mißerfolge unerwartet rasch starb. Endlich erstürmten die Franzosen den Malakowturm, die Hauptbefestigung Sebastopols, und damit war dessen Schicksal entschieden, 1855. Weitere wichtige Erfolge blieben den Verbündeten versagt. Nachdem die Russen auf dem asiatischen Kriegsschauplatze durch die Eroberung von Kars die Waffenehre wieder hergestellt hatten, erfolgte 1856 der Pariser Friede. Die Verbündeten hatten einen vollen Erfolg. Rußland mußte die Donaumündungen und einen kleinen, am linken Ufer der Donau gelegenen Teil von Bessarabien abtreten, wodurch es von diesem Flusse ganz verdrängt wurde, auch Kars zurückgeben. Sein Protektorat über die Donaufürstentümer und die orientalischen Christen ging auf die Großmächte über. Die Meerengen sollten, solange die Türkei in Frieden stände, auch fernerhin fremden Kriegsschiffen verschlossen bleiben. Das Schwarze Meer wurde neutralisiert; die beiden Nachbarn verpflichteten sich, keine Kriegsarsenale an dessen Küsten zu errichten und nur eine bestimmte, geringe Zahl Kriegsschiffe zu halten. Während es den Kriegsschiffen der Mächte verschlossen blieb, mußte es den Handelsschiffen aller Staaten geöffnet sein. Die Türkei wurde ausdrücklich „in das europäische Völkerrecht“ aufgenommen und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes verbürgt; anderseits erwirkten die Mächte einen neuen großherrlichen Erlaß, welcher der christlichen Bevölkerung viele weitgehende Reformen versprach. Der Krimkrieg hatte die lästige Hegemonie Rußlands gebrochen, der Stern des Siegers, Napoleons III., war im kräftigen Aufsteigen. Noch einmal war die Türkei durch fremde Hülfe gerettet worden; die unkluge Demütigung des großen

Nachbars mußte aber Keime zu neuen Verwicklungen in sich tragen.

**Der Staat Rumänien.** Der Ausgang des Krimkrieges gab Anlaß zur Gründung eines neuen Staatengebildes, Rumäniens. — Kaiser Trajan hatte das rechtseitige Donaugebiet als Provinz Dacien dem römischen Reiche einverleibt, in dessen Besitz es von 101—270 verblieb. Zu Beginn der Völkerwanderung setzten sich dort die Gothen fest, denen noch ein halbes Dutzend barbarische Völker folgten. Das germanische Element machte Slaven und Mongolen Platz, die sich mit der alten Einwohnerschaft zum rumänischen Volke verschmolzen. Das alte Dacien hatte weit ins jetzige Ungarn gereicht; darum wohnen dort heute noch Millionen von Rumänen. Das Mittelalter sah nie ein großrumänisches Reich, sondern eine Reihe einzelner Fürstentümer, von denen die an der Theiß und in Siebenbürgen unter die Ungarn kamen, die an der unteren Donau sich zu den selbständigen, zeitweise sehr kräftigen Staaten Walachei und Moldau vereinigten. Obwohl militärisch nie unterworfen, gerieten sie unter türkische Oberhoheit, behielten aber eine große Selbständigkeit. Im Laufe der Zeit wußten die Türken die Abhängigkeit zu vergrößern. Sie zwangen den Ländern fremde Fürsten auf, seit ca. 1700 aus den Kreisen der Phanarioten, die ihre Stellung jeweilen erkauften. Die Herrschaft dieser verdorbenen Griechen, die sich durch Ränke und Habsucht auszeichneten, brachte einen tiefen moralischen und finanziellen Verfall. Der einheimische Adel wurde durch christliche Emporkömmlinge aus Stambul verdrängt. Der alte trotzige Unabhängigkeitssinn ging vollständig verloren. In diese schlimmste Periode fällt auch der wachsende Einfluß Rußlands, das seit 1774 ein förmliches Protektorat ausübte: Soviele Russisch-Türkische Kriege, soviele militärische Besetzungen durch die Russen! Jeder Friedensvertrag dehnte deren Machtbefugnisse auf Kosten der Türken aus und beschränkte die Selbständigkeit der Donaufürstentümer. 1775 ging die Bukowina an Österreich, 1812 Bessarabien an Rußland verloren. Der Griechenaufstand führte zum Sturze der Phanarioten; die folgenden Fürsten waren aber nicht viel mehr als russische Statthalter. Als 1848 die nationalen Wogen hochgingen und eine Revolution ausbrach, stellten Russen und Türken gemeinsam die alte Ordnung wieder her.

Im Pariser Frieden von 1856 wurde der Grundstein zum rumänischen Staat gelegt. Er beseitigte die russische Schutz-

herrschaft, erklärte das Land als neutral und übertrug die künftige Organisation der Donaufürstentümer einer Kommission. Mehr als die Mächte, die verschiedene Ziele verfolgten, trugen die rumänischen Patrioten, begünstigt durch Napoleon III., zu einer glücklichen Entwicklung bei. Zunächst wählten die zwei Länder 1859, als der ausbrechende Italienische Krieg Westeuropa in Atem hielt, einen gemeinsamen Fürsten; 1861 wuchs sich diese Personalunion mit Genehmigung des Sultans zur Totalvereinigung, zum Fürstentum Rumänien aus, das unter der Oberhoheit des Sultans stand.

Geordnete Verhältnisse und gedeihliche Entwicklung brachte zwar erst die Wahl Karls von Hohenzollern zum rumänischen Fürsten, 1866, der in fast 50jähriger Regierung den Staat zu einer geachteten Stellung emporhob.

## 3. Die erste große Liquidation der Türkei.

Seit dem Krimkriege vollzog sich langsam ein Umwandlungsprozeß, eine Europäisierung der Türkei; 1867 besuchte der Sultan Abdul Aziz sogar die Pariser Weltausstellung, nachdem die Ulemas tiefsinnig beraten hatten, ob eine solche Neuerung überhaupt erlaubt sei. Die Verwestlichung diente nicht zur Stärkung des Osmanentums, indem dadurch vielfach die Grundlagen des Staates ins Wanken kamen. 1856 war die Gleichstellung der Christen und Muhammedaner versprochen worden; aber Versprechen und Halten sind bei den Türken ganz verschiedene Dinge. Da an dem alten Feudalsystem nichts geändert werden konnte, blieb der Hauptklagepunkt, die ökonomische Ausbeutung durch die Grundherren, bestehen und damit auch die Nahrung für neue Aufstandsgelüste.

**Das Erwachen der Bulgaren.** Nun ergriff die nationale Bewegung, die in Italien und Deutschland so erfolgreich gewesen war, mit aller Gewalt auch die Balkanvölker. Sie brachte eine neue Nationalität, die Bulgaren, an die Oberfläche. — Als ural-altaisches, mongolisches Volk, also Rassegenossen der Türken, waren sie aus der Gegend der Wolga — daher der Name Volgaren — über die Donau gezogen. Da sie nur eine geringe Kopfzahl hatten, wurden sie von den Slaven völlig aufgesogen; nur der Name blieb. Als kühne Krieger lagen sie in ewigem Streit mit Ostrom. Boris machte das orthodoxe Christentum zur Staatsreligion und sein Sohn Simeon der Große, um 900, gab dem Staat die höchste Blüte. Als Großbulgarien reichte es vom Schwarzen Meer bis zur Adria, und in Kon-

kurrenz zu Ostrom nahm Simeon den Zarentitel an. Hauptstadt des Landes war Tirnowa. Der stolzeste Tag Altbulgariens war, als der oströmische Kaiser Roman, dessen Hauptstadt eng eingeschlossen war, im bulgarischen Lager auf den Knien den Zaren um Frieden bitten mußte. Später, unter dem Serben Stephan Duschan, ging die Führung der Südslaven an Serbien über. Der Tag auf dem Amselfelde brach ihre Macht, und Bulgarien kam dauernd unter das türkische Joch. Als türkische Provinz erfuhr es wie keine andere die osmanische Ausbeutung. Der Bulgare war zu schwerer Arbeit geboren und erreichte er eine Besserstellung, so wurde er Grieche, dem allein unter den Rajah ein bürgerliches Leben erlaubt war. Ein nicht geringer Teil fiel unter diesem Drucke vom Christenglauben ab, die Vorfahren der heutigen Pomaken (mohammedanische Bulgaren). So verloren die Bulgaren ihr Volkstum; immerhin blieben Sprache und Religion in der Hauptsache erhalten.

Erst im 19. Jahrhundert begann das mißhandelte Bulgarenvolk wieder geistig zu erwachen. Die ersten Bestrebungen richteten sich nicht etwa gegen die politische Unterdrückung durch die Türken, sondern gegen die religiöse und sprachliche Bevormundung durch den sittenlosen, phanariotischen Klerus. Dabei fand man sogar Unterstützung in osmanischen Kreisen, und 1872 wurde durch den Machtspruch des Sultans das bulgarische Exarchat, d. h. die bulgarische Nationalkirche, geschaffen. Sehr günstig wurde durch diese Emanzipation vom griechischen Klerus die Entwicklung des nationalen Schulwesens beeinflußt. Vergeblich war der Bannfluch des griechischen Patriarchen gegenüber den nationalen Priestern; die Selbständigkeit der bulgarischen Kirche blieb Tatsache. Wie aus einer Zeitungsnotiz ersichtlich war, hat letztes Jahr — es war in der Zeit des Wettrennens um die Hülfe der Bulgaren — die russische Gesandtschaftsgeistlichkeit zum ersten Male, im Laufe des gegenwärtigen Weltkrieges, an einer religiösen Feier in Sofia teilgenommen und damit die Gleichberechtigung der bulgarischen Kirche anerkannt.

Die religiöse Befreiung war ein Vorspiel der politischen. 1875 erhoben sich die schwer geknechteten Bauern der Herzegowina und Bosniens; 1876 rüsteten Serbien und Montenegro für den Krieg. Da brach auch ein Aufstand der Bulgaren aus. Mit gewohnter Grausamkeit wüteten die Türken gegen die Rebellen. 25,000 Menschen wurden hingeschlachtet,

12,000 Mädchen und Frauen verschleppt und in die Harems verkauft; die Mächte aber verhandelten wieder einmal mit der Pforte wegen Reformen und Sicherung der Christen.

Als die Türken, die ihre Gegner auf der ganzen Linie geworfen hatten, die Vorschläge zurückwiesen, erklärte Rußland 1877 den Krieg (6. Russisch-Türkischer Krieg).

**Der Panslavismus.** Nach dem Krimkriege hatte Zar Alexander II. durch zahlreiche innere Reformen sein Reich ein starkes Stück modernisiert. Von allen sei nur die eine, die Aufhebung der Leibeigenschaft, genannt, die ihm den Ehrennamen „der Zar-Befreier“ eintrug. Der polnische Aufstand weckte eine scharfe nationale Strömung, eine Betonung altrussischer Eigenart gegenüber den westlichen Einflüssen. Der aufkommende Panslavismus forderte die Vereinigung aller orthodoxen Slaven unter russischer Führung. Insbesondere hatte man es auf die Balkanslaven abgesehen. Der russische Gesandte in Konstantinopel, die Konsuln, alle waren geheime panslavistische Agenten, die planmäßig die türkische Herrschaft unterwühlten. Montenegro und Serbien waren eigentliche russische Filialen. In den oben erwähnten Aufständen lassen sich die russischen Einflüsse unschwer erkennen. Groß, wie bei einem Kreuzzug, war die russische Begeisterung. Zu dem religiösen Moment trat das neue Feldgeschrei: „Befreiung der slavischen Brüder“ und riß auch den Zaren mit sich fort. Die Situation schien nicht ungünstig. Frankreich, der Hauptgegner im Krimkriege, lag besiegt am Boden; von ihm war nichts zu fürchten. Mit der stärksten Landmacht, Deutschland, pflegte der Zar enge Freundschaft. Da Preußen im polnischen Aufstand von 1863, im Gegensatz zu den übrigen Westmächten, Rußland unterstützt hatte, bewahrte dieses als Gegenleistung 1866 und 1870/1871 eine wohlwollende Neutralität. 1870 hatte der Zar seinem Oheim, König Wilhelm, sofortige Waffenhülfe versprochen, falls eine der Mächte auf Frankreichs Seite trete. Bismarck wiederum unterstützte das Begehren Rußlands, die 1856 geschaffenen Beschränkungen im Schwarzen Meere aufzuheben, das auch die Londoner-Konferenz 1871 erfüllte. (Die Sperrung der Meerengen blieb aufrecht erhalten.) Er pflegte auch um so eifriger die Freundschaftsbeziehungen unter den Monarchen, als die national-russischen Kreise, die Oberwasser hatten, im Gegensatz zu ihrem Zaren französische Sympathien hatten und gegenüber dem starken Nachbarn Neid und Eifersucht empfanden. — Vor

allem aber mußte eine Verständigung mit dem alten Rivalen auf dem Balkan, mit Österreich, gesucht werden. Und sie wurde dadurch erreicht, daß man ihm den Westbalkan als Einflußsphäre überließ und sich mit einer Besetzung Bosniens und der Herzegowina einverstanden erklärte. So blieb noch England übrig. Dort hatten die „bulgarischen Greuel“ einen Entrüstungssturm entfacht; zahlreiche Versammlungen forderten energisches Einschreiten; Gladstone (der damals nicht an der Spitze der Regierung stand) verlangte sogar die Vertreibung der Türken aus Europa. Nachdem diese nun die Vorschläge der Mächte verworfen hatten, konnten auch die Engländer Rußland wenigstens das moralische Recht zum Eingreifen nicht absprechen.

**Der Bulgarische Befreiungskrieg 1877.** Siegessicher gingen die Russen über den Pruth, während eine zweite Armee Türkisch-Armenien angriff. Nachdem die Donau überschritten war, wurden die türkischen Truppen überrannt; sehr rasch führte Gurko in keckem Vorstoß die Avantgarde über den Balkan und besetzte, von Süden kommend, den wichtigen Schipkapaß. Aber man hatte den Gegner unterschätzt. Da man überall mit ungenügenden Kräften operierte, geriet man auf beiden Kriegsschauplätzen in bittere Verlegenheit. Sehr gefährlich war in der Donaugegend der Vorstoß Osman Paschas, der die Rückzugslinie bedrohte. In Plewna wies er die russischen Angriffe blutig ab. Neue, unbedingt nötige Kräfte konnten von den Russen in absehbarer Zeit nicht herangeführt werden. So erwog man bereits den Rückzug über die Donau; der Feldzug schien verloren. Da erbat der Oberbefehlshaber, Großfürst Nikolaus, telegraphisch die Hülfe der Rumänen. Diese hatten sich bis dahin in keiner beneidenswerten Situation befunden. Als Vasall des Sultans gehörte der Fürst auf Seite der Türken; aber die Interessen des Landes und die Sympathien trieben ihn auf die Seite des Gegners. Wohl oder übel mußte man den Russen den Durchmarsch gewähren, und schließlich erklärte man ebenfalls den Krieg und proklamierte die Unabhängigkeit. Hochmütig hatten die Russen bisher die Waffenhülfe verschmäht. Nun sollte man den halb verlorenen Feldzug retten. Erst als Fürst Karl den Oberbefehl über alle Truppen vor Plewna erhielt, führte er seine treffliche Armee über die Donau. Aber noch ein volles Vierteljahr lag man vor der Stadt. Ein verlorener Sturm, der furchtbare Verluste brachte, zwang zur regelrechten Belagerung, die General Tot-

leben, der berühmte Verteidiger Sebastopols, leitete. Nur der Hunger bezwang die tapfern Türken. Kurz vorher war im Osten auch Kars erstürmt worden. — Erst nach dem Falle Plewnas wagten Serbien und Montenegro in den Krieg einzugreifen. Fast ein halbes Jahr hatte im Westen der Stillstand gedauert. Jetzt nahmen die Ereignisse rasch ihren Gang. Mitten im Winter überschritt Gurko zum zweiten Male den Balkan, nahm Sofia und marschierte das Maritzatal hinunter, während im Zentrum die türkische Schipka-Armee eingeschlossen und gefangen genommen wurde. Philippopel und Adrianopel wurden besetzt; unaufhaltsam drangen die Russen gegen das alte Ziel ihrer Sehnsucht, gegen Konstantinopel, ihr Zarigrad. Die Türken waren am Ende ihrer Kraft. Ein in Adrianopel geschlossener Waffenstillstand, bei dem die Russen schon ihre Forderungen formulierten, hemmte alle weiteren Operationen. — Eben waren auch die Griechen in Thessalien einmarschiert.

Wieder einmal schien das Ende der Türkei gekommen zu sein. Nun ging aber im Marmarameer, im Angesichte Konstantinopels, eine starke englische Flotte vor Anker. Voller Wut drang Großfürst Nikolaus nun bis dicht vor die Stadt, bis San Stefano, und zwang die Türken zu einem Vorfrieden. In den Hauptbestimmungen schuf er ein Großbulgarien, das von der Donau bis zum Ägäischen Meere und sehr weit nach Westen, bis an den See von Ochrida reichte und teilte alle Donaumündungen mit der Dobrudscha und fast ganz Türkisch-Armenien Rußland zu. Wie ein Keil schob sich das neue Staatsgebilde, das sich die Russen natürlich als ihren Vasallenstaat dachten, in den europäischen Besitz der Türkei und schied ihn in zwei gänzlich getrennte Teile.

**Der Berliner-Kongress 1878.** England verwarf das Abkommen von San Stefano und verlangte einen europäischen Kongreß. Zugleich berief es die Reserven ein und zog indische Truppen nach Malta. Da auch Österreich sich ihm zugesellte, mußte Rußland, das einen neuen Krieg nicht riskieren konnte, die Einladung Deutschlands zu einem Berliner-Kongresse annehmen, 1878. Fürst Bismarck leitete als Vorsitzender die Verhandlungen, an denen alle Großmächte und die Türkei teilnahmen.

Der Kongreß begründete ein verkleinertes, dem Sultan tributpflichtiges Fürstentum Bulgarien, zwischen Donau und Balkan gelegen, einschließlich Sofias. Es durfte sich eine

eigene Miliz halten und einen christlichen Fürsten wählen, der vom Sultan bestätigt wurde; ein zweiter Teil des frühern russischen Gebildes, Ostrumelien (mit Philippopel), im oberen Maritzagebiet, blieb unter der unmittelbaren Herrschaft des Sultans, erhielt aber Verwaltungsautonomie unter einem christlichen Generalgouverneur; ein dritter Teil, Makedonien, stand ganz im alten Verhältnis zur Türkei, Reformen wurden in Aussicht genommen. Im weiteren blieb ungefähr der Friedensvertrag von San Stefano, z. B. die Unabhängigkeit von Montenegro, Serbien und Rumänien, bestehen. Das Gebiet der zwei erstgenannten, auch das Griechenlands wurde vergrößert. Rumänien hatte Rußland das ihm 1856 genommene Stück von Bessarabien abzutreten und bekam dafür die Dobrudscha. Rußland erhielt ferner Gebiete in Asien, mit Batum, Kars und Ardagan. Österreich okkupierte Bosnien und die Herzegowina; ferner hatte sich England in einem geheimen Vertrage seine Hülfe durch die Abtretung Cyperns bezahlen lassen.

Das Urteil über den Kongreß muß abfällig lauten. Die Ordnung der Nationalitätenfrage wurde total außer acht gelassen. Es wurden nationale Staaten geschaffen, aber die Nationen nicht geeinigt. Man hatte Serben an Österreich (Bosnien), Bulgaren an Rumänien (Dobrudscha) und Rumänen an Rußland (Bessarabien) ausgeliefert, ohne auf das nationale Sehnen irgendwelche Rücksicht zu nehmen. So erscheint das Ganze als ein echtes Werk der Diplomatie; die Lösung konnte unmöglich eine dauernde sein, und der Völkerschacher mußte neuen Kriegen und Verwicklungen rufen. Man kann sagen, der Berliner-Kongreß habe eigentlich die moderne Balkanfrage erst geschaffen. Jetzt hatte man die berüchtigte Wetterecke, die den europäischen Krieg gebären sollte.

**Folgen des Berliner-Kongresses.** Die Bulgarische Frage. Am wenigsten befriedigt über die neue Ordnung auf dem Balkan waren die Bulgaren. Der Traum eines Großbulgariens war nicht verwirklicht worden; doch gab es nun wieder ein bulgarisches Volk in politischem Sinne, und auf dieser Grundlage ließ sich weiter bauen. Vorläufig war das Land nicht viel mehr als eine Provinz Rußlands. Auf Wunsch des Zaren Alexanders II. wählte das Sobranje (Volksvertretung) dessen Lieblingsneffen Alexander von Battenberg zum Fürsten. Es harrte seiner eine sehr

schwierige Aufgabe, die der in preußischen Garderegimentern groß gewordene Prinz, der gänzlich unvorbereitet in die verworrensten Verhältnisse hineinversetzt wurde, nicht zu lösen vermochte. Auf dem Exerzierfelde war er am besten zu Hause, und er legte den Grund zu der trefflichen bulgarischen Wehrmacht. Die drückende Bevormundung russischer Generale ertrug der Fürst mit Widerwillen und schüttelte sie gelegentlich ab; immer noch blieben aber die wichtigsten Verwaltungs- und Militärstellen von Russen besetzt. Um den Sultan kümmerte sich niemand; der Regierung fiel es nie ein, den schuldigen Tribut zu zahlen. Seit dem Tode des Befreiers, Alexanders II., trübte sich das Verhältnis mit Rußland bedenklich. Die zahlreichen zweifelhaften russischen Sendlinge wurden zur unerträglichen Last und anderseits ließ der finstere Zar Alexander III. keine Gelegenheit vorübergehen, dem nach Selbständigkeit strebenden Vetter seine Abneigung, ja seinen Haß zu zeigen. Unermüdlich arbeiteten die bulgarischen Patrioten auf eine Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien hin; durch einen militärischen Gewaltstreich wurde sie 1885 vollzogen. Der Fürst, durch die nationale Welle mit fortgerissen, besetzte Ostrumelien und die türkische Grenze; ein Widerstreben hätte ihm den Thron gekostet. Dafür traf ihn der höchste Zorn des Zaren, der diese selbständige Handlung mit der Streichung des Fürsten aus der russischen Armeeliste und der Rückrufung aller Offiziere beantwortete — ein selbständiges, größeres Bulgarien widersprach den russischen Balkaninteressen. Doch mußte das Schwert nicht gegen den Lehensherrn, sondern gegen die Serben gezogen werden. Dieses Nachbarland, seit 1882 Königreich, steckte in schlimmen inneren Wirren, und König Milan suchte eine Ableitung durch einen äußeren Krieg. Als Vorwand diente „die Erhaltung des Gleichgewichtes“ der Balkanvölker. Dieser Überfall von Westen traf die Bulgaren wie ein Blitz vom hellen Himmel. Sie standen 500 km entfernt auf der Südseite des Balkans auf Grenzwache, durch das Ausscheiden der Russen ohne höhere Führer. Der Kriegsminister war ein junger Hauptmann, der Generalstabschef zählte 26 Jahre; auch der Fürst stand im jugendlichen Alter von 28 Jahren. Was an Erfahrung abging, ersetzte lodernde Vaterlandsliebe und rückhaltlose Hingabe. In atemlosen Gewaltmärschen vollzogen die zähen Bauernsoldaten den Frontwechsel und schlugen die Gegner wider alles Erwarten bei Sliwnitza und Pirot. Ein weiteres Vor-

dringen wurde durch die Kriegsdrohung Österreichs verhindert, das mit Rußland die Serben geschoben hatte. Rußland setzte alles daran, die „undankbaren Bulgaren“ um jeden Erfolg zu bringen. Es erzwang, daß der Sultan den Fürsten nur als Statthalter, vorerst für fünf Jahre einsetzte; doch verwandelte sich die Personalunion wider den Willen der Mächte bald tatsächlich in eine Realunion. Mit einem Schlag war Alexander der Nationalheld der Bulgaren geworden; aber bald sollte auch er den sprichwörtlichen „bulgarischen Undank“ erfahren. Im geheimen waren russische Einflüsse eifrig an der Arbeit, Verschwörungen und Unruhen zu stiften; sie fanden bei den bulgarischen Parteigängern, die Aussöhnung und Anlehnung verlangten, nur zu leicht Eingang; unzufriedene und ehrgeizige Offiziere, etwa 80 an der Zahl, bildeten ein Komplott. Der fürstliche Palast wurde überfallen und betrunkene Offiziere erzwangen die Abdankung des Mannes, der sie vor einigen Monaten zum Siege geführt hatte. Ein Dampfer verbrachte ihn nach Rußland, und der Zar erlaubte ihm gnädigst die Heimreise nach Deutschland, 1886. Doch konnte sich die neue Regierung nur drei Tage halten. Allerorten erklärten sich die Truppen für den schmachvoll verratenen Fürsten, und der Kammerpräsident Stambulow, der Chef der neuen Regierung, rief ihn ins Land zurück. Kaum zwei Wochen nach der Vertreibung hielt der Fürst unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in Sofia. Tapfer in der Schlacht, fehlte ihm als Politiker der hohe Flug des Geistes. Demütig fragte er den Zaren an, ob er die Regierung wieder übernehmen dürfe und als eine mißbilligende Antwort einlief, dankte er freiwillig ab, so sehr beherrschte ihn der Gedanke, daß eine Regierung, die von Rußland nicht anerkannt werde, unmöglich sei. Er verließ das Land und starb 1893 als österreichischer Offizier. Mit eiserner Faust schlug Stambulow alle Putsche der Russenpartei nieder; er stand in fortwährendem Kampfe gegen die russischen Bestechungsversuche bei Offizieren und Beamten. Durch seine Bluturteile setzte er sich der Rachgier der Gegner aus, und jedermann wußte, daß er einmal einem Attentate zum Opfer fallen würde. 1887 wurde Ferdinand v. Koburg zum Fürsten gewählt; aber eigentlicher Regent war Stambulow, der größte Staatsmann des jungen Bulgarien. Schließlich überwarf er sich mit dem Fürsten, der, um selbständig zu werden, ihn 1894 entließ. Im folgenden Jahre wurde er durch rachsüchtige Makedonier

ermordet zur Sühne dafür, daß er den Bandenführer Major Panitza wegen einer Militärrevolte hatte hinrichten lassen. Die Witwe des Gemordeten aber beschuldigte den Fürsten und die Regierung öffentlich der Mitschuld. Der Koburger hatte entschieden staatsmännische Talente; im Volke war er aber unbeliebt. Auch ihm schwebte ein „Großbulgarien“ vor Augen. Dem Heere wandte er alle Sorgfalt zu. Ein Hauptziel war die Aussöhnung mit Rußland. Sein Sohn, der Kronprinz Boris, wurde orthodox getauft, um die Dynastie zu sichern, und Zar Nikolaus II. versah Patenstelle. Nach zehnjährigem Unterbruch nahm Rußland die diplomatischen Beziehungen wieder auf und anerkannte den Fürsten in seiner Stellung.

Die Kretische Frage. Ein zweites unbefriedigtes Balkanvolk waren die Griechen. Infolge des Berliner-Kongresses hatten sie Thessalien erhalten, welche Erweiterung die Panhellenisten aber durchaus nicht zufrieden stellte. Durch die Vermählung des Königs mit einer russischen Großfürstin hatte das immer noch von Parteikämpfen durchwogte Land einen gewissen Rückhalt an Rußland gefunden; er ging mit den Zielen seines Volkes einig; dies sehen wir daraus, daß der Tronfolger den bezeichnenden Namen Konstantin erhielt. Zunächst gingen die griechischen Wünsche auf die große, schöne Insel Kreta, auf der die Mohammedaner nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung ausmachten, aber doch die Hälfte des Grundeigentums besaßen. Schon im Unabhängigkeitskrieg verlangten die Kreter den Anschluß an Griechenland und 1866, während eines großen Aufstandes, hatten sie die Vereinigung erklärt, mußten aber durch den Spruch der Großmächte unter der alten Herrschaft bleiben. 1896 erfolgte neuerdings ein allgemeiner Aufstand und ein gleichlautender Beschluß (1897). Griechenland war fest entschlossen, die Vereinigung den Mächten abzutrotzen. Es schickte Kriegsschiffe und landete Truppen, worauf die Mächte Kreta blockierten und die Räumung der Insel verlangten. Die Griechen zogen ihre Kriegsschiffe zurück, verweigerten aber die Abberufung ihrer Truppen. Dieses Verhalten trieb zum Kriege mit der Türkei, die ihr Wehrwesen unter deutschem Einflusse reorganisiert hatte und gut gerüstet dastand. Der Feldzug war rasch entschieden. Die Griechen, unter ihrem Kronprinzen, wurden in Thessalien besiegt, und nur das Dazwischentreten der Mächte verhinderte noch Schlimmeres. „Die Kretische

Frage“ fand ihren vorläufigen Abschluß durch Gewährung der Autonomie unter türkischer Oberherrschaft. Sowohl die griechischen, als auch die türkischen Truppen mußten die Insel räumen. Ohne den Einspruch des Sultans zu beachten, wählten die Mächte den Prinzen Georg von Griechenland zum Oberkommissär von Kreta. Trotz ihres Sieges hatten die Türken die schöne Insel tatsächlich eingebüßt. Wiederum aber hatten die Mächte nur halbe Arbeit geleistet, die niemand recht befriedigte.

Die Spaltung der Mächte. Der Berliner-Kongreß hatte die größten Folgen für die Mächtegruppierung. Der ganze Grimm der enttäuschten Panslavisten entlud sich auf Deutschland, dem man vorwarf, für die russischen Interessen nicht eingetreten zu sein, obgleich Bismarck im ganzen bemüht war, zwischen den ihm bisher befreundeten Kaisermächten den ehrlichen Makler zu spielen. Man schrie vom „Verrat des deutschen Reichskanzlers, der Rußland im Stiche gelassen“; die Blätter predigten offen den Krieg gegen das Deutsche Reich: Konstantinopel könne nur auf dem Wege über Berlin erobert werden. Die übersetzten Forderungen Rußlands (westliche Ausdehnung Großbulgariens) hatten die Österreicher auf Englands Seite getrieben; daß es nun ohne die geringste Leistung die schönste Beute einstecken sollte, konnte man ihm nie verzeihen. Einseitig wollte der Donaustaat sich eine starke Position auf dem Balkan verschaffen; Saloniki schien in nächste Nähe gerückt. Rußland aber, das so geblutet hatte, war um die Früchte seines Sieges betrogen worden. Leidenschaftlich bekämpfte die Militärpartei das bosnische Mandat der Donaumonarchie; der Kriegsminister arbeitete offen auf eine Allianz mit Frankreich hin. Die Lage wurde schließlich so bedrohlich, daß Bismarck auf ein enges Bündnis mit Österreich drängte, 1879. Es kam wirklich zustande und lautet ohne die Einleitung folgendermaßen:

1. „Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von Seite Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen“.

3. „Würde einer der hohen kontrahierenden Teile von einer andern Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen

Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Art. 1 dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschlusse".

3. „Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen von beiden hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnis beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden.

Beide hohe Kontrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden und haben aus diesem Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlaß; sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß Sie einen Angriff auf einen von ihnen als gegen beide gerichtet betrachten müßten."

Der rein defensive Charakter dieses Bündnisses wurde in der Einleitung nachdrücklich betont und der Inhalt Rußland sogar mitgeteilt. Bald schloß sich als dritte Macht auch Italien an, dessen Interessen durch die französische Besitzergreifung von Tunis, 1881, aufs schwerste geschädigt worden waren. Mit der Erneuerung des deutsch-österreichischen Bündnisses wurde der Dreibund perfekt, 1882. Sein Inhalt wurde nie genau bekannt, wird aber ähnlich gelautet, nur seine Spitze gegen Frankreich gerichtet haben. Erst anläßlich der Kriegserklärung Italiens im Mai 1915 veröffentlichte Österreich einige Artikel des Bündisvertrages. Der Hauptartikel lautet:

Art. 3. „Falls einer oder zwei der hohen Vertragschließenden ohne direkte Herausforderung von ihrer Seite von

zwei oder mehreren Großmächten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, angegriffen und in einen Krieg mit ihnen verwickelt werden, würde sich der casus fœderis (Bündnisfall) für alle Vertragschließenden gleichzeitig ergeben."

Zwar suchte Bismarck die alte Freundschaft mit Rußland weiter zu pflegen. Noch 1887—1890 bestand ein Neutralitätsvertrag, der Deutschland gegenüber Frankreich und Rußland gegenüber England sicherte, doch wurde er nach Bismarcks Abgang nicht mehr erneuert, und von diesem Zeitpunkte an beginnt die Annäherung Frankreichs und Rußlands, die zu dem bekannten Zweibunde führte. Diese Zweiteilung der Mächte machte sich auch in der Orientpolitik fühlbar.

## 4. Die englisch-deutsche Konkurrenz.

**Der Imperialismus.** In die Balkanfrage hinein spielen die bemerkenswerten Änderungen auf wirtschaftlichem Gebiete, welche in den letzten Jahrzehnten die Völker zwangen, ihre politischen Ziele neu zu orientieren. Fast überall setzte eine nie gesehene Entwicklung der Industrie ein, die ein gewaltiger Machtfaktor, ja der Hauptfaktor, im Staate wurde; der Agrarstaat verwandelte sich in den Industriestaat. Sehr bald genügte das heimatliche Wirtschaftsgebiet, das man sich durch Schutzzölle sichern konnte, dem unternehmungslustigen Kapital nicht mehr; es strebte über die Landesgrenzen hinaus und wurde in allen möglichen Gründungen, über die ganze Welt zerstreut, plaziert. Da die Kartelle die Konkurrenz im Inlande unterbanden, äußerte sie sich um so wilder im Auslande. Jedes Land suchte sich seine „Interessensphären" zu sichern und neue zu erwerben. — Hinter den Finanzmächten stehen die Machtmittel des heimatlichen Staates, der sich in ihren Dienst stellt und die Aufgabe erhält, die wirtschaftlichen Errungenschaften zu sichern und zu mehren. Da es sich auch um Kapitalanlagen bei Hafenbauten, Eisenbahnen, Bergwerken etc. handelt, so braucht der Unternehmer die Konzession des fremden Landes, die er um so eher erhält, je größer das Ansehen des heimatlichen Staates ist. Voraussetzung ist also geradezu, daß dieser Großmacht ist, nicht bloß daheim, im engern Kreise, sondern über die ganze Erde anerkannt. Die wirtschaftliche Stellung ist am sichersten, wenn diese Weltmacht zugleich Weltstaat wird, d. h. ein Wirtschaftsgebiet erwirbt, das sich über alle Erdteile erstreckt (nach Josef Hammer). Dieser „Imperialismus" drückte der

Politik der letzten Jahrzehnte den Stempel auf. Er ist eine allen großen Staaten zukommende Eigentümlichkeit der modernen Zeit. Unter seinem Einflusse vollzog sich um die Wende des 19. Jahrhunderts im europäischen Mächtekonzert eine große Verschiebung. Aus den sechs Großmächten rückten zwei als ausgesprochene Weltmächte in die erste Linie vor, England und Rußland. Durch einen bis dahin beispiellos großen Landerwerb sicherten diese zwei Länder ihren aktuellen und künftigen Interessen den Hauptteil der Erde. Mächte wie Italien und Österreich konnten einen Vergleich unmöglich aushalten, während Frankreich und Deutschland eine Mittelstellung einnahmen. Aber mit größter Entschlossenheit begann das letztere das Ringen um den Anteil an der Weltherrschaft, um „den Platz an der Sonne“.*

**Deutschland im türkischen Orient.** Noch Bismarck hatte die Überzeugung, daß Deutschland mit 1871 die Machtsphäre, deren es bedürfe, erreicht habe, und seine politischen Ziele beschränkten sich im ganzen auf Europa. Trotz des fast unglaublichen industriellen Aufschwunges überwog unter ihm doch das agrarische Moment. Schon hatte sich aber eine Änderung vorbereitet, die bald nach seinem Abgang (1890) deutlich sichtbar wurde. Die Industrialisierung des Reiches vollzog sich mit Riesenschritten und Deutschland wurde endgültig auf den Weltmarkt hinausgestoßen. Während 1880 sein Außenhandel (Ein- und Ausfuhr) etwa 6 Milliarden betrug, stieg er im Jahre 1906 bereits auf 15½ Milliarden Mark, und betrug fast das doppelte Frankreichs, 3 Milliarden mehr als der Nordamerikas und nur 5½ Milliarden weniger als derjenige Englands. Parallel der Steigerung der industriellen Produktion ging eine, besonders seit 1890 rapide Volksvermehrung. 1871: 41 Millionen, 1880: 45 Millionen, 1890: 49 Millionen, 1900: 56 Millionen, 1910: 65 Millionen. Jetzt wurden auch die politischen Ziele weiter gesteckt: „Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser“ verkündete der junge Monarch. Bald hatte die Handelsflotte eine Reihe Kon-

---

* Deutsche Bücher und Zeitungen betonten dies immer wieder, ohne im geringsten die Ziele zu verdecken. Z. B.: „Der deutsche Michel hat sich seit 1870 die Augen völlig ausgerieben, die Schlafmütze abgelegt und erklärt, er wolle von jetzt an auch den Löffel in die Glücksschüssel an der großen Bankettafel der Völker seinen Kräften gemäß tunken und denen, die es ihm verweigern, mit seinem Löffel tüchtig auf die Finger klopfen“.

kurrenten weit überholt und rangierte direkt hinter England. Um dem neuen Kurse eine kräftige Stütze und den nötigen Nachdruck zu geben, wurden auch die Streitkräfte zur See planmäßig ausgebaut. Bereits erwarb sich Deutschland nach dem Muster Englands Kolonien, d. h. Stützpunkte in fremden Erdteilen. Der nationale Reichtum entwickelte sich in großartiger Weise und betätigte sich im In- und Auslande.

Während unter Bismarck der Orient noch „nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert war", wurde jetzt gerade die Türkei in den Bereich der deutschen Auslandspolitik gezogen. Schon die Dienstleistungen der militärischen und finanziellen Reorganisatoren, die Deutschland dem Sultan lieh, knüpften engere Bande. Als Wilhelm II. bei seiner Orientreise nach Konstantinopel und Palästina vor aller Öffentlichkeit seine türkenfreundliche Politik bekräftigte, wurden die Beziehungen zwischen den zwei Reichen geradezu intime. Da Deutschland sich in seinen Beziehungen zur Türkei nicht bloßgestellt hatte — nie waren Ansprüche auf Gebietsteile erhoben worden — konnte auch die Plazierung seines Kapitals in den Bahnunternehmungen keinerlei Mißtrauen wecken. Ja, es mußte sich geradezu zum Schutzherrn der Türkei auswachsen, da alle andern Großmächte nur auf die Aufteilung warteten, um ihre alten Ansprüche anzumelden: Rußland auf Armenien und Kleinasien, England auf Mesopotamien und Arabien, Frankreich auf Syrien, Italien auf Tripolis und Österreich auf Balkangebiete; Begehren, deren Befriedigung Deutschland die Tür verschlösse. Durch die Erhaltung des Osmanenstaates, wenigstens auf asiatischem Boden, wollte es im Bereich des durch deutsches Kapital finanzierten kleinasiatisch-syrisch-mesopotamischen Bahnsystems sich einen Absatzmarkt und eine Rohproduktenquelle für seine Industrie erwerben. Die Wiederaufrichtung der ehemals so reichen Kulturgebiete Kleinasiens, Syriens und Mesopotamiens durch den Bau von Kanälen und Bewässerungsanlagen schwebte als nicht zu fernes Ziel vor Augen. Was für Aussichten das eröffnet, wird am besten klar, wenn man hört, daß in den Glanzzeiten des Kalifates von Bagdad die Steuern Mesopotamiens und Babyloniens allein diejenigen Ägyptens um mehr als das Doppelte übertrafen. Speziell der Getreide- und Baumwollbau, die schon im Altertum blühten, ließen sich wieder beleben, da der Kulturverfall nicht die Folge verschlechterter klimatischer Bedingungen, sondern von Mißregierung und der entsetzlichen Mongolenstürme war.

Aber auch aus rein politischen Gründen war diese wirtschaftliche Hebung so großer türkischer Gebiete wünschbar, weil sie eine Stärkung der Türkei bedeutete. Schon 1911 wurde Deutschland eindringlich vor Augen geführt*, daß einem englischen Angriffskriege durch die Hebung des Osmanenreiches zu begegnen sei. England sei von Europa aus zu Lande nur an einer Stelle zu fassen und schwer zu verwunden, in Ägypten. Die Eroberung dieses Landes durch eine mohammedanische Macht könnte außdem gefährliche Rückwirkungen auf die 60 Millionen mohammedanischen Untertanen Englands in Indien, ferner auf Afghanistan und Persien haben. Im Hinblick auf eine Türkei, die militärisch stark, ökonomisch gefestigt und im Besitze genügender Eisenbahnen sei, werde England auf jeden Angriffskrieg gegen Deutschland verzichten. Die Politik der Unterstützung, die Deutschland der Türkei gegenüber verfolge, bezwecke nichts anderes, als eine starke Versicherung gegen die von England her drohende Kriegsgefahr.

Seitdem die deutsche Volkswirtschaft auf den Lebensmittelmarkt und die Rohstoffe des Auslandes angewiesen ist, diese Einkäufe durch eine entsprechende Ausfuhr von Produkten bezahlt und dazu noch Riesensummen für das Nationalvermögen herausarbeitet, steht Deutschland in Bezug auf seine Lebensbedingungen auf gleicher Linie mit England. Mit einer erstaunlichen Energie suchte es die Kluft, die es infolge seines späten Einschwenkens in die Bahnen des spezifischen Welthandels von den andern Handels- und Kolonialmächten trennte, in kürzester Zeit auszufüllen. Hatten andere für ihr Aufsteigen Jahrhunderte benötigt, so genügten hier Jahrzehnte. Die Entwicklung der Ausfuhrindustrie, des Schiffbaues, der Dampferlinien, die Eroberung der Märkte, die Anhäufung der Kapitalien vollzog sich in wahrem Schnellzugstempo, stieg doch der Außenhandel von 8 Milliarden vom Jahre 1891 auf 19 Milliarden im Jahre 1911, das steuerpflichtige Einkommen Preußens für ungefähr den gleichen Zeitraum von 6 Milliarden auf 14,5 Milliarden und das Sparkassaguthaben für das gleiche Land von 8,9 Milliarden (1900) auf 18 Milliarden (1912). Begreiflicherweise machte sich dieser Anteil an der Weltwirtschaft dem bisherigen Monopolinhaber England recht unangenehm fühlbar. Die Überflügelung im Außenhandel schien greifbar nahe; es gab keinen Ort auf dem ganzen Erden-

* Dr. Rohrbach „Die Bagdadbahn“.

runde, wo man nicht die unbequeme Konkurrenz Deutschlands zu spüren bekommen hätte.

Solange Deutschlands Streben nur auf die Vormachtstellung im europäischen Kontinente hinzielte, hatte England keinen Grund, sich als Gegner aufzutun, anders, seitdem jenes den ausgesprochenen Willen bekundete, Bresche in das englische Monopol der Weltherrschaft zu legen. Je tiefer die Nachwirkungen dieses Strebens gingen, desto dringender forderten die bedrohten britischen Interessen Abwehrmaßregeln.

**England in Ägypten und Vorderasien.** Eine solche Reibungsfläche englischer und deutscher Interessen wurden nun gerade die vorderasiatischen Gebiete. Während im Altertum das Schwergewicht der Kultur in Vorderasien lag, waren infolge der Türkenherrschaft und des Verlustes des Indienhandels diese Länder ganz zurückgetreten. Die Erbauung des Suezkanals, 1859—1869, durch Ferdinand von Lesseps verschaffte ihnen aber mit einem Schlage wieder die alte Wichtigkeit. Das Werk wurde hauptsächlich von Frankreich, der Türkei und Ägypten finanziert, während England keinen Rappen dazu beitrug, fürchtete es doch als Herr des Seeweges um das Kap den Wettbewerb der Mittelmeerländer mit seinem Indienhandel. Es legte sogar dem Kanalbau alle möglichen Hindernisse in den Weg. Seine Prophezeiung, der Kanal werde schlechte Geschäfte machen, schien sich zu bewahrheiten. Die erhofften Einnahmen wurden bei weitem nicht erreicht, sodaß die Aktien von ihrem Nennwert 500 Fr. bis auf 163 Fr. zurückgingen. Aber bald hob sich der Verkehr, und damit stiegen die Einnahmen. Wer über Kapitalien verfügte und zuwarten konnte, mußte später ein glänzendes Geschäft machen; und wirklich standen die Aktien nach dreißig Jahren auf über 4600 Fr. Das praktisch und sicher rechnende England korrigierte seine Stellung rasch. Von dem in Schulden steckenden Herrscher des Nillandes erwarb es um verhältnismäßig billigen Preis den ägyptischen Aktienbesitz von zirka 177,000 Stück, und weitere Käufe verschafften ihm die Mehrzahl der Aktien und damit den maßgebenden Einfluß auf die so wichtige Wasserstraße. Der finanziellen Vorherrschaft folgte sofort die politische. Die Intervention von 1878 beseitigte die russische Gefahr im östlichen Mittelmeer, ja sie bot sogar die Gelegenheit, sich selber dort festzusetzen und den zwei Stützpunkten Gibraltar und Malta einen dritten, Cypern, beizufügen, wodurch die völlige Beherrschung des Mittelmeeres erreicht war. Nun folgte die

Angliederung des Nillandes auf dem Fuße. In kurzsichtiger Weise hatte Frankreich sich von der finanziellen Führung des Kanalunternehmens verdrängen lassen; in einer noch unbegreiflicheren Weise gab es nun auch seinen politischen Einfluß preis, war es doch schon zu Mehemed Alis Zeiten die einzige Macht gewesen, welche im Gegensatze zu England die großägyptischen Pläne unterstützt hatte. Ägypten genoß unter der Dynastie Mehemid Ali eine große Selbständigkeit. Der Herrscher erhielt den Titel Khedive, Vizekönig, und bei der Einweihung des Suezkanales empfing er die Fürstlichkeiten mit dem Prunke eines orientalischen Herrschers. Das vollführte Werk machte Ägypten wiederum zu einem Mittelpunkte des Indienhandels; große Eroberungen im oberen Nilgebiete gaben ihm eine gewaltige Ausdehnung, sodaß eine verheißungsvolle Zukunft winkte. Die Lehensabhängigkeit gegenüber der Türkei lockerte sich zusehends, und die völlige Ablösung schien in nicht weiter Ferne zu liegen. Aber das alte Krebsübel der orientalischen Reiche, die Verschwendungssucht der Regenten, störte die Entwicklung. Das Land geriet in tiefe Schulden, sodaß es sich die Regelung der Staatsschulden durch die interessierten europäischen Mächte England und Frankreich gefallen lassen mußte. In den darüber entstehenden Wirren okkupierte England 1882 kurzerhand Ägypten und räumte es später nicht mehr, trotz der Reklamationen, die es von allen Seiten regnete. Nur die Neutralität des Suezkanales konnte 1887 durch Frankreich erreicht werden, eine Errungenschaft von sehr problematischem Werte. Sehr rasch erfolgte nun die Durchdringung des Nillandes mit englischem Kapital, wodurch eine neue wirtschaftliche Blüte eingeleitet wurde. Die Sicherung dieses wertvollen Kulturgebietes, das zudem der Schlüssel zu Indien ist, ließ England nicht aus den Augen. Dies war am besten dadurch zu erreichen, daß man die kolonialen Begehren Frankreichs, das man seinerzeit aus Ägypten verdrängt hatte, im westlichen Nordafrika befriedigte und damit die unangenehme Erinnerung an den Faschodavertrag von 1899, der die Interessensphären Frankreichs und Englands in Mittel- und Nordafrika abgrenzte, auslöschte. So erfolgte 1904 ein französisch-englisches Abkommen, welches das französische Protektorat in Marokko ermöglichte und einleitete, während Frankreich den englischen Wünschen in betreff Ägyptens entgegenkam.

Die deutsche Orientpolitik verursachte in England Mißtrauen und Besorgnis. Um die Weltstellung, d. h. den Wohl-

stand der Nation, zu sichern, wurden Anstrengungen gemacht (besonders von Chamberlain), die einzelnen Reichsteile, die über die ganze Welt zerstreut sind und zum Teil die weitgehendste Autonomie besitzen, zu einem festeren Ganzen zusammenzuschließen und speziell in einem Zollverein die Interessen des Mutterlandes und seiner Kolonien durch gegenseitige Bevorzugung im Handelsverkehr zu wahren. Anderseits verlangte dieser englische Imperialismus eine fortgesetzte Mehrung der von England direkt oder indirekt abhängigen Gebiete. Ein Ziel dieses Imperialismus war die Verbindung Indiens und Ägyptens durch Einreihung der dazwischen liegenden Länder in das englische Interessengebiet. Es handelte sich also um Nordarabien, Niedermesopotamien und Südpersien. Bereits standen mit Ausnahme der türkischen Küste am Roten Meere die meisten Gebiete, vor allem die Küstenplätze, direkt oder indirekt unter englischem Einfluß. Die Hedschasbahn, die das noch zu erwerbende Gebiet Nordarabiens durchschnitt, wurde mit scheelen Augen angesehen, und auf eine Abzweigung an den Golf von Akaba mußte infolge der drohenden Vorhalte Englands, das eine Umgehung des Suezkanals nicht dulden wollte, verzichtet werden. Auch englische Politiker befürworteten die Erschließung Mesopotamiens, natürlich durch englisches Kapital, und in einer nicht zu verkennenden Absicht wurde die Frage aufgeworfen, ob der große antike Bewässerungskanal, den man am Tigris wieder herstellen wollte, den Namen des Kaisers von Deutschland oder den des Kaisers von Indien tragen solle. Je weiter der Bahnbau nach Mesopotamien fortschritt, desto näher rückte das deutsche Kapital, das in dem alten Kulturzentrum arbeiten wollte. Die Monopolstellung Englands am Persischen Meere schien schwer bedroht, und 1903 erklärte der Minister des Äußern: England kann keiner andern Nation erlauben, Schiffahrtsstationen oder Eisenbahnen am Persichen Golfe zu haben, und jeder Versuch irgendeiner Macht, sich dort festzusetzen, wäre ein Kriegsfall und würde mit Waffengewalt abgewehrt werden. England und Frankreich bereiteten dem Bahnbau nach Mesopotamien die größten Hindernisse. Die Londoner- und Pariser-Börsen beteiligten sich nicht an der Aufbringung des Aktienkapitals. Anleihen und Zollerhöhungen der Türkei, die zum Teil zur Beschleunigung des Bahnbaues dienen sollten, wurden vereitelt.

Als England vernahm, daß die Bagdadbahn bei der arabischen Stadt Koweit am Persischen Meer ausmünden werde,

anerkannte es den dortigen Scheich als unabhängigen Herrscher; trotzdem derselbe schon seit längerer Zeit unter türkischer Oberhoheit stand und schloß mit ihm sofort einen Vertrag, der ihn in das englische Interessengebiet einreihte. Ferner forderte es, daß das Endstück der Bahn von Bagdad abwärts nicht mehr ausschließlich durch eine deutsche Gesellschaft gebaut werde, und noch 1913 fanden Festlegungen über die Tigrisschiffahrt, die Ausbeutung der Naphtaquellen und den Bau der Bagdadbahn statt, die den Anteil der beiden Staaten umschrieben. So hatte England auch den Indienweg durchs Persische Meer unter seiner Kontrolle und einer Umgehung des Suezkanals durch Deutschland vorgebeugt.

**Der englisch-russische Ausgleich.** Die Drohung des englischen Ministers richtete ihre Spitze nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Rußland. Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts war nur dieser eine Mitbewerber um die Weltherrschaft vorhanden. Seit Jahrhunderten hatte England zielbewußt jeden Konkurrenten ausgeschaltet: Spanien, Holland, Frankreich. Bei jeder Gelegenheit versuchte man auch Rußland zurückzudrängen, in Europa (1878) wie in Asien. Gefährlich war das unaufhaltsame Vordringen der Russen in Mittelasien; nur Afghanistan trennte sie noch von Indien, und allein englische Kriegsrüstungen hielten sie davon zurück, in dieses Land einzudringen. Rußlands Wünsche drängten aber auch gegen den Persischen Golf und gegen Kleinasien. So kamen ihm die deutsch-türkischen Bahnprojekte recht unerwünscht, bedeuteten sie doch eine militärische Stärkung der Türkei auch im Grenzland Armenien, von dem die Russen als sicher annahmen, daß es früher oder später in ihren Besitz gelange. So schoben die russischen Vorstellungen das Trace der Bagdadbahn möglichst vom Grenzgebiete weg nach dem Süden Kleinasiens; nicht Angora, Siwas und Diarbekir, sondern Konia und Adana wurden durch einen Schienenstrang verbunden. Noch weitere deutsch-türkische Bahnbauten im Norden Kleinasiens standen in Aussicht; da erhandelte Rußland für eine wohlwollende Haltung in der Bagdadbahnfrage die Verpflichtung der Türkei ein, daß künftig bei Bahnbauten im nördlichen und nordöstlichen Kleinasien nur russische Konzessionäre in Frage kommen sollten, falls die Bauten nicht mit Staatsmitteln erfolgten. Zur Zeit der Marokkokrisis, 1911, wurde auch ein deutsch-russisches Abkommen über Persien

getroffen, in dem sich Deutschland den Anschluß seiner Bagdadbahn an eine persische Linie sicherte und dafür den Russen in Persien freie Bahn ließ.

Wegen seiner persischen Politik hatte sich Rußland mit England auseinanderzusetzen. Es versuchte von Nordpersien aus, wo es großen Einfluß besaß, sich auch in Südpersien festzusetzen, und die Presse forderte unverhohlen einen Hafen am Persischen Meer. Eine Festsetzung am Indischen Ozean konnte England aber nie zugeben. Der Ausgang des Japanisch-Russischen Krieges, an dem es nicht ganz unschuldig war, kam England sehr gelegen. Die russische Flotte war vernichtet, das Heer gedehmütigt, die Revolution erschütterte das weite Reich; so mußten die hochfliegenden Pläne in der äußeren Politik ganz zurücktreten. Kein Zeitpunkt war jemals so günstig, für die Beilegung von Differenzen Entgegenkommen zu finden. Und England benutzte geschickt diese Gelegenheit. So erfolgte 1907 das englisch-russische Abkommen über Persien, Afghanistan und Tibet. Die alten Gegensätze wurden friedlich ausgeglichen. Während Nordpersien dem russischen Einflußkreise zugeteilt wurde, erhielt England Südpersien und die Kontrolle über den Persischen Golf. Bereits ist in der Südostecke Persiens, die an das Bagdadgebiet grenzt, englisches Kapital mit der Ausbeutung des reichen Naphtagebietes beschäftigt. Die Landverbindung Ägypten-Indien (Seite 73) liegt durchaus nicht mehr außer dem Bereiche der Möglichkeit. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts, d. h. mit der Thronbesteigung Eduards VII., hatte England neue Bahnen beschritten. Alte Gegensätze, die sich durch Jahrzehnte hindurch geschleppt hatten, wurden durch „politische Einverständnisse“ beigelegt; wir erinnern an die Abkommen mit Frankreich und Rußland. In Eduard VII. fand der englische Imperialismus einen eifrigen Förderer. Während England bisher, stolz auf seine Unüberwindlichkeit vertrauend, seine eigenen Wege gegangen war, erlaubten die verschobenen Machtverhältnisse diese „splendid isolation“ nicht mehr. Eifrig wurden Bündnisse vorbereitet, andere geschlossen. 1902 erfolgte das Bündnis mit Japan (gegen Rußland), das 1905 um zehn Jahre verlängert wurde; das Marokko-Abkommen mit Frankreich von 1904 wuchs zu einem Freundschaftsbunde mit weitergehenden politischen Zwecken aus; das russische Abkommen von 1907 verwandelte einen alten Feind zum Freunde und war der Anfang zu weiterer, gemeinsamen Interessenwahrung. Nachdem die Differen-

zen mit diesen zwei unter sich Verbündeten beglichen waren, bedurfte es nur noch eines Schrittes zur Krönung des politischen Werkes: Die förmliche Entente mit dem bisherigen Zweibunde. Und England tat den Schritt infolge seines Gegensatzes zu Deutschland, diesem so gefürchteten und gefährlichen Gegner. So sah das Jahr 1908 Europa in zwei gewaltige Koalitionen massiert: Dreibund und Dreiverband (Triple-Entente).

## 5. Der Verjüngungsversuch durch die Jungtürken.

**Abdul Hamid.** Bis ins innerste Mark verwundet und finanziell ruiniert war die Türkei aus dem Kriege von 1877/1878 hervorgegangen, und noch war keine Gesundung abzusehen; denn innere und äußere Schwierigkeiten und Gefahren umlauerten fortwährend den sinkenden Staat. Seit 1876 regierte der Sultan Abdul Hamid. In seinen Anfängen spielte er den Reformer, berief sogar ein Parlament; es war aber nicht viel mehr als eine Farce, da der Sultan, welcher vor allem die Verfügung über die Staatsgelder haben wollte, die Volksvertretung bald nach Hause schickte. An seiner unbeschränkten Macht hielt er zähe fest und überwand mit kalter Grausamkeit alle Widerstände. In der Politik, die er berechnend mit allen Mächten versuchte, war er ein Meister und wußte so das sinkende Schiff schwimmend zu erhalten. Immerhin mußte er es sich gefallen lassen, daß die Westmächte, die Gläubiger der Türkei, die Verwaltung der „Dette publique“ an die Hand nahmen, was einer finanziellen Bevormundung gleich kam. Da die Türkei der westeuropäischen Industrie für Waffen und Kriegsmaterial ungeheure Summen zahlen mußte, so drückte den Staat eine schwere Schuldenlast. Seit 1881 wurden die wichtigsten Staatseinnahmen — Salz- und Tabakmonopol, Stempel- und Spirituosensteuer, Fischereisteuer und Seidenzehent, Zollgefälle und Gewerbesteuer dem türkischen Finanzminister entzogen und einem Verwaltungsrat der Vertreter der Großbanken der europäischen Mächte unterstellt. Diese Einnahmen mußten ausschließlich dazu verwendet werden, die Schuldzinsen zu bezahlen. Abdul Hamid ließ durch deutsche Insruktoren (z. B. v. d. Goltz) das Heerwesen nach deutschem Muster reorganisieren und begann für sein immer noch weites Reich den Bau von Bahnen, die sowohl strategischen, als auch wirtschaftlichen Zwecken dienten. Die Linie Nisch-Sofia-Konstantinopel brachte die Hauptstadt in

Verbindung mit den westlichen Kapitalen; eine weitere verband den großen Hafen Saloniki einerseits mit Nisch, anderseits mit Konstantinopel. Äußerst wichtig war die Annäherung der an der Peripherie gelegenen Reichsteile durch die Anatolischen Bahnen und ihren Abzweigungen, der Bagdad- und Hedschasbahn, wodurch eine straffere Verwaltung und wirtschaftliche Hebung dieser Gebiete erreicht werden konnte. Zwar wurden diese großzügigen Bauten nur durch fremdes, vor allem deutsches Kapital ermöglicht, was die Abhängigkeit des Staates stark vermehrte.

Die andere Hälfte seiner Tätigkeit hingegen kennzeichnet den orientalischen Despoten. Die höfische Verschwendungs- und Günstlingswirtschaft dauerte weiter; große Summen wurden zur Ausübung des ausgedehntesten Spioniersystems vergeudet; die Presse war aufs strengste geknebelt. Selber nicht auf unanfechtbare Weise auf den Thron gekommen, war der Sultan von einem krankhaften Mißtrauen beherrscht. Als freiwilliger Gefangener schloß er sich in seinem Iildis-Kjoschk (Nordpalast) ein und zeigte sich dem Volke nur bei religiösen Feiern; er machte keinen Feldzug mit, unternahm keine Inspektionsreisen. Die liberal gesinnten Jungtürken, die den Staat modernisieren wollten, suchte er aus dem Wege zu räumen, auch die als gefährlich erscheinenden Prinzen. Glücklich, wer entfliehen konnte! Von Genf und Paris aus vertraten sie dann die publizistische Oposition gegen die Türkei. Innere Unruhen, die jeweilen brutal niedergeschlagen wurden, ließen den Staat nie zur Ruhe kommen. Wilde Metzeleien im christlichen Armenien, verübt durch Kurden und türkisches Militär, in Konstantinopel durch den fanatischen Pöbel, erregten wohl aufs tiefste die öffentliche Meinung Europas und entfachten gewaltige Entrüstungsstürme; aber keine der Mächte hatte ein Interesse daran, durch ein Einschreiten die Orientalische Frage aufs neue anzuschneiden. — So finden wir in der Persönlichkeit Abdul Hamids „eine seltsame Mischung von Genialität und Wahnsinn“.

**Die makedonische Frage.** Der türkische Staatskörper war durch und durch verseucht. Ums Jahr 1900 trat die sogenannte „Makedonische Frage“ in ihr kritisches Stadium; sie brachte eigentlich den Stein ins Rollen und trieb Europa dem Weltkriege entgegen.

Makedonien hatte seinerzeit als selbständiger Staat die Leitung der unter sich hadernden Griechen an sich gerissen

(Philipp, Schlacht bei Chaeronea 338 v. Chr.) und unter Alexander dem Großen (336—323 v. Chr.) eine kurze Spanne Zeit an der Spitze eines glänzenden Weltreiches gestanden. Nach dessen raschen Zerfall kam es bald unter römische Herrschaft und bei der Teilung des Reiches zu Ostrom. Später geriet es mit den übrigen Balkangebieten in die Hand der Türken.

Der bekannteste Ort ist Saloniki, das alte Thessalonich, das als Hafenplatz des makedonischen Hinterlandes und als einer der Endpunkte der Orientbahn große Bedeutung erhielt und nach Konstantinopel die erste Handelsstadt der europäischen Türkei wurde. Bunt durcheinandergewürfelt leben die verschiedensten Völkersplitter: Türken, Griechen, Albaner, Bulgaren, Serben, Walachen und Juden. Die Hauptmasse der Bewohner macht der christliche slavische Bauer aus. Bis in die neueste Zeit hinein herrschten die alten feudalen Verhältnisse. Bei der Eroberung des Landes hatten sich die türkischen Sieger an die Stelle der alten griechischen oder slavischen Grundherren gesetzt — falls diese nicht zum Islam übertraten — und bezogen nun an ihrer Stelle die Steuern und Abgaben. So zählte man noch zu Beginn unseres Jahrhunderts etwa 15,000 mohammedanische Grundherren oder Spahis. Jahrhunderte langer Steuerdruck und Krieg hatten den slavischen Bauer verelendet, sodaß in neuerer Zeit eine große Auswanderung einsetzte. Zwischen diesen zwei Klassen stand der griechische Klerus und die griechische Bourgeosie. Nach der Türkeninvasion waren die Griechen das Herrenvolk unter den christlichen Rajah geblieben (Seite 50); als historische Nation mit eigenem Schrifttum und politischem Leben standen sie über dem slavischen Bauernvolke, das sie durch das Mittel des Klerus geradezu beherrschten. Jeder christliche Balkanbewohner, der höhere Bildung verlangte, war gezwungen, die griechische Sprache zu lernen. Die christliche Kirche des Balkans war griechisch. Sie teilte sich seit altersher mit den Türken in die Ausbeutung der slavischen Massen. Die begehrten Bischofssitze wurden durch den Patriarchen von Konstantinopel an den phanariotischen Adel verschachert. Wenn dieser mit Hülfe türkischer Soldaten die Kirchensteuern eintrieb, so traf mit dem türkischen Bedrücker auch ihn der blutige Haß des Volkes; Grieche und Türke waren ihm gleich verhaßt. Mit der nationalen Befreiung der christlichen Balkanstaaten fiel gleichfalls die Herrschaft des griechischen

Klerus; die Kirchen wurden national. Nach 1878 setzte, hauptsächlich von außen geschürt, die Bewegung auch in Makedonien ein. Die Bulgaren machten für das Exarchat mit seiner bulgarischen Kirchensprache und bulgarischen Schule die schärfste Propaganda. Eine slavische Gemeinde nach der andern ging in Makedonien zum Exarchat über, und als das griechische Patriarchat sich zur Wehre setzte, artete der Kirchenhader, der im Grunde ein Nationalitätenstreit war, in wilde Bandenkämpfe zwischen Bulgaren und Griechen aus. Brandschatzungen, Plünderungen und Morde schreckten die Bewohner. Heute wurde eine Gemeinde unter dem unerhörten Drucke einer Bande griechisch, morgen durch Gegendruck bulgarisch. Die Türkei war völlig ohnmächtig, mischte sich auch, solange ihre Interessen nicht berührt wurden, nicht stark ein, bestand doch die Stärke ihrer Herrschaft in den Gegensätzen innerhalb der Untertanen. Sieger blieben die Bulgaren; ein dichtes Netz exarchischer Gemeinden spannte sich über Makedonien, während die Griechen auf den Süden und die Städte beschränkt wurden.

Die bulgarische Propaganda, die als Endziel die nationale Einigung hatte, weckte auch die serbischen Gelüste. Sind schon die serbische und die bulgarische Sprache miteinander nahe verwandt, so liegt die makedonische Mundart zwischen beiden; im Osten nähert sie sich mehr der bulgarischen, im Westen mehr der serbischen Sprache. Bis nach Altserbien hinein erstreckte sich die bulgarische Propaganda, sodaß die Serben fürchteten, bei einer allfälligen Aufteilung des Landes leer auszugehen. Die Serben entbehrten nämlich einer streng nationalen Kirche. Der Träger der früheren Landeskirche, der Patriarch von Ipek, war 1690 nach Karlowitz in Ungarn ausgewandert, galt aber noch als rechtmäßiger Nachfolger. So war nicht nur das griechische Patriarchat, sondern auch Österreich ein Hindernis bei der Gründung einer einheitlichen serbischen Nationalkirche. Hingegen wurden die Serben in Makedonien als Nation anerkannt und erhielten die nationale, serbische Sprache, aber unter Festhaltung am griechischen Patriarchate. Serbische Banden verschafften der Agitation den nötigen Nachdruck. Zu guterletzt griffen auch die Rumänen ein. Im türkischen Reich waren Hunderttausende von Kutzowalachen, deren Mundart mit dem Rumänischen verwandt ist. Auch sie erzwangen unter Anwendung der gleichen Mittel die rumänische Kirchensprache unter Beibehaltung des

Patriarchates. So herrschte schließlich das Chaos. Endlich griffen auch die Türken ein. Das „teile und herrsche“ versagte, da keine Steuern mehr eingingen und auch die türkischen Grundherrn verfolgt und gebrandschatzt wurden. Bulgarien und Serbien haben die türkischen Grundherren, die Spahis, abgeschüttelt; der Bauer ist zum freien Landbesitzer geworden. In Makedonien aber war alles beim Alten geblieben; durch den Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft, die hauptsächlich durch die Erbauung der Eisenbahnen gefördert wurde, verschlimmerte sich sogar die Lage vieler ehemals freier Bodenbesitzer, sodaß auch sie in Abhängigkeit von den Spahis gerieten. Steuerpächter, Grundherren und wucherische Getreidehändler sogen am Mark des slavischen Bauers. Die türkischen Behörden, Polizei und Gerichte boten weder Schutz noch Hülfe — der arme Mann konnte keinen Backschisch spenden. So ist es begreiflich, daß der makedonische Bauer über die Grenze schielte und von der nationalen Einigung seine Befreiung erhoffte. Mit eiserner Faust versuchte schließlich Abdul Hamid das Bandenwesen zu zerschmettern. Er erreichte damit etwas Unerwartetes; nun gingen die Banden, die eben noch einander bis aufs Blut bekämpft hatten, gemeinsam gegen den neuen und doch so alten Feind vor. Hinter ihnen standen als eigentliche Macher nnd Schieber die christlichen Balkanstaaten. So endeten die Bandenkämpfe, die aus nationalen und religiösen Gegensätzen entstanden und schließlich in wirtschaftliche Kämpfe übergegangen waren, in einem förmlichen Aufruhr gegen die Türkei, 1903.

„Nun griffen aber die Großmächte ein. Im gleichen Jahre erfolgte zu Mürzsteg anläßlich einer Zusammenkunft der Herrscher zwischen Rußland und Österreich, den Hauptinteressenten auf der Balkanhalbinsel, ein Abkommen über Makedonien, das durch eine Flottendemonstration der Mächte unterstrichen wurde. Dem Generalgouverneur wurde ein österreichischer und ein russischer Gehilfe an die Seite gestellt; deutsche Offiziere leiteten in Saloniki die Gendarmerieschule; die Polizei wurde durch Offfziere aller Großmächte kommandiert; an der Spitze stand ein italienischer General. Die Finanzverwaltung kam unter die Kontrolle der Mächte.

Aber die Eifersucht und die Verstärkung der Gegensätze unter den Großmächten verhinderten eine glückliche Lösung.

Nach der Niederlage im Japanischen Krieg und der Niederwerfung der Revolution hatte Rußland wieder Zeit für den Balkan. Mit alter Zähigkeit steuerte es der Lösung der Meerengenfrage zu. Es fand bei Eduard VII., dem diese Entwicklung im Dienste seiner Einkreisungspolitik gegen den Dreibund stand, das nötige Entgegenkommen. 1907 erfolgte jene oben genannte Verständigung über Persien, Afghanistan und Tibet, wodurch der alte Gegensatz in Asien zum Ausgleich kam. Nun gingen die alten Widersacher auch auf dem Balkan gemeinsam vor. Veranlassung dazu bot die österreichische Balkanpolitik, die auf Sondervorteile abzielte. Österreich projektierte eine Sandschakbahn, wodurch das bosnisch-herzegowinische Eisenbahnnetz in Mitrowitza resp. Üsküb Anschluß an die Hauptlinie Nisch-Saloniki gefunden hätte. Dadurch wurden alle Begehrlichkeiten der Balkanstaaten geweckt, und ein wahrer Rattenkönig von Bahnprojekten erschien auf der Bildfläche. Serbien meldete seine Donau-Adriabahn an, Bulgarien verlangte eine Linie Küstendil-Durazzo, Italien endlich suchte durch eine Verbindung von Valona mit Monastir Anschluß an die dortige Bahn nach Saloniki. Rußland aber wollte Wien nicht in Saloniki sehen und erklärte das Mürzsteger Abkommen als gelöst. 1908 verabredeten Nikolaus II. und Eduard VII. bei einer Zusammenkunft in Reval ein neues makedonisches Reformprojekt, das auf die Autonomie dieser wichtigsten Provinz der europäischen Türkei hinauslief.

**Die türkische Revolution.** Die Mächte hatten sich daran gewöhnt, in türkische Verhältnisse einzugreifen und ihren Willen durchzusetzen, ohne dabei irgend welche Rücksichten auf das Volksempfinden zu nehmen. Die Aussicht, eine der schönsten Provinzen zu verlieren, versetzten die patriotischen Kreise der Türken, deren Nationalgefühl schon durch die internationale Gendarmerie in Makedonien verletzt worden war, in größte Aufregung. Hinzu kamen die schwächliche Politik des Sultans, sein Günstlingsregiment, das ganze Elend der verrotteten Staatswirtschaft. Es gärte besonders unter den Offizieren, die unter westeuropäischen Einflüssen standen. In Altserbien brach der Aufstand los. Kühne albanische Offiziere, wie der Major Njasim Bey und der Hauptmann Enver Bey, rissen die Führung der Truppen an sich, Mitte Juli 1908. In Saloniki bildete sich das Komitee „Einheit und Fortschritt“, dessen Benennung genau die Ziele der Bewegung bezeichnet. Man verlangte vom Sultan die Wiedereinführung der Ver-

fassung, d. h. die Beteiligung des Volkes an der Staatsverwaltung. Da auch die Besatzung von Saloniki mit den Aufrührern gemeinsame Sache machte, erschien die Gefahr so groß, daß Abdul Hamid einlenkte und die Forderungen des Komitees erfüllte. Ein Freudentaumel ergriff die türkischen Völker, die alle zum Parlamente herangezogen wurden; das goldene Zeitalter schien gekommen zu sein; selbst die Blutrache in Albanien ruhte. Aber dieser Gottesfriede dauerte nicht lange. Es war schwer, auf einen sterbenden Baum ein junges Reis zu pflanzen. Die Jungtürken, die das Reich zu verwestlichen gedachten, marschierten vielfach über die geheiligte Tradition hinweg — versuchten doch auch modern gesinnte Frauen in die Öffentlichkeit zu treten — und gerieten so in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu den konservativen Alttürken. Die Mächte wußten die Umwälzung, die ihnen ganz unerwartet kam, vorerst nicht richtig einzuschätzen. Sie benützten die Gelegenheit, das Mürzsteger Abkommen, das des eigenen Haders wegen kein gutes Fortkommen versprach, zu liquidieren; die Polizeioffiziere wurden zurückgezogen, und die Ordnung der Dinge wurde dem wiedererwachten Staate überlassen. Die Jungtürken gingen scharf ins Zeug. Die Bevölkerung wurde entwaffnet, die nationalen Vereine und die Autonomie der Kirchgemeinden wurden aufgehoben, die christlichen Schulen kamen unter Staatsaufsicht; die Unterrichtssprache war nun türkisch; auch zog man die Christen zum Heeresdienst heran. Diese Militärdiktatur brachte Makedonien die nötige Ruhe, nicht aber einen Ausgleich der Gegensätze. Die Christen hatten die Zeche bezahlt, und erhöhte Steuern erbitterten noch mehr; das gesteigerte Selbstgefühl der türkischen Bevölkerung und der Grundherren stand auch nicht im Dienste des Friedens. Zwar wagte niemand offenen Widerstand; aber jenseits der Grenzen, bei den befreiten Brüdern erhob man bewegte Klagen und fand ein williges Ohr.

Die Jungtürken, unter denen viele unruhige Köpfe waren, trafen nicht die richtige Mitte; es wurde zu viel an die Gewalt appelliert. Zudem müssen ihre Regenerationsmittel als rückschrittlich bezeichnet werden. Sie erstrebten eine Osmanisierung aller Verhältnisse, eine Verschmelzung und Gleichmachung, die scheitern mußte, wenn man überlegt, daß sie nicht einmal in den guten Zeiten, als das Reich im Zenit stand, gewaltsam versucht werden konnte. Zudem gingen sie an eine scharfe Zentralisation, die sofort in Albanien, Arabien, bei den

Drusen im Libanon, d. h. bei den Völkern, die große Selbständigkeit besaßen, Aufstände auslösten. Abdul Hamid, den nur die Not zum Nachgeben gezwungen hatte, suchte die Situation auszunützen. Schon 1909 machte er eine Gegenrevolution, indem er die Verfassung wieder aufhob. Aber das Korps von Adrianopel, das unter jungtürkischer Führung stand (Mahmud Schevket Pascha), marschierte gegen die Hauptstadt und bombardierte die Kasernen der Garnison. Abdul Hamid hatte ausgespielt; er wurde abgesetzt und ins Zentrum der jungtürkischen Bewegung, nach Saloniki, in Gefangenschaft geführt. Nun ergriff aber die Zersetzung auch die Jungtürken. Neben der parlamentarischen Regierung bestand die des Komitees „Einheit und Fortschritt"; zudem spielte die Armee d. h. das Offizierskorps, eine immer größere politische Rolle. Es begann das Ringen um die Macht im Staate. Politische Morde und Unruhen diskreditierten die mit so viel Hoffnungen eingeleitete Verjüngung, d. h. Europäisierung der Türkei, im In- und Auslande. Daneben dauerten die Aufstände weiter.

**Folgen.** Die revolutionären türkischen Unruhen gaben den „guten" Nachbarn Gelegenheit, für sich etwas herauszuschlagen. 1908 annektierte Österreich Bosnien und die Herzegowina, nachdem es dieselben dreißig Jahre tatsächlich beherrscht hatte. Die Frage, ob diese Gebiete auch berechtigt seien, Abgeordnete ins türkische Parlament zu wählen, hatten diese Lösung beschleunigt. Der Formwechsel, der materiell keinerlei Änderung brachte, war des Einstandspreises kaum wert; er trug der Donaumonarchie nicht nur den Protest der Türken, der sich in der Boykottierung der österreichischen Waren äußerte, sondern auch den grimmigen Haß Serbiens und Montenegros, ja sogar Italiens ein, deren Interessen berührt wurden. Rußlands bewaffneter Einspruch fiel außer Frage, da es noch die Nachwehen der mandschurischen Niederlagen und der innern Revolution zu verwinden hatte. Ohne dieses letztere Moment wäre wohl schon damals der drohende Europäische Krieg zur Tatsache geworden. Für die allgemeine Lage weniger einflußreich war die am gleichen Tage, also ohne Zweifel nach vorheriger Abmachung erfolgte Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, da auch hier keine tatsächliche Änderung des status quo eintrat und außer der damals ohnmächtigen Türkei niemand von derselben betroffen wurde. Zugleich legte Fürst Ferdinand sich den altbulgarischen Titel

„Zar“ bei. Auch Kreta benützte die Gelegenheit, wiederum den Anschluß an Griechenland zu proklamieren.

Die Spaltung innerhalb der Jungtürken wurde auch von Italien ausgenützt. Diese jüngste der europäischen Großmächte zeigte schon sehr früh imperialistische Gelüste. Nach dem Fehlschlag in Tunis, 1881, wo ihm Frankreich zuvorkam, setzte es sich am Indischen Ozean, im Somaliland, und am Roten Meer, in Massaua, fest. Von hier aus versuchte es die Unterwerfung Abessiniens, holte sich aber 1896 eine furchtbare Schlappe. König Menelik war den Angreifern mehr als gewachsen, sodaß das verlustreiche Unternehmen kläglich scheiterte und man sich mit dem Küstengebiet begnügen mußte. In Afrika war nun nicht mehr viel zu holen, die Aufteilung unter die europäischen Staaten war so gut wie abgeschlossen. Dem zerfallenden türkischen Staat gegenüber hielten sich die Mächte nie an Rechtsgrundsätze, sondern benützten Zeit und Umstände, um, wenn auch unter Rechtsbeugungen, Vorteile zu erlangen. Im Sinne dieser Gepflogenheit reklamierte Italien bei der in Aussicht stehenden Liquidation Tripolis für sich, den Rest der osmanischen Besitzungen in Nordafrika. Daß die Türken bei ihren endlosen inneren Schwierigkeiten diesen Besitz vernachlässigten, schien die „Rechtsansprüche“ Italiens zu verstärken. Als England und Frankreich ihre Interessen in Nordafrika abgrenzten, wurde die Zustimmung Italiens durch Anerkennung seiner „Ansprüche“ auf Tripolis erkauft.

1911 schien der günstige Moment der Besetzung gekommen zu sein. Die Begründung des Vorgehens, Italien müsse in Tripolis Ordnung schaffen, war so fadenscheinig, daß sie besser unterblieben wäre. Der Raubzug verschlang mehr Opfer an Geld und Mannschaften, als man erwartet hatte. Mit Hülfe der Flotte gelang es verhältnismäßig leicht, die Küste von Tripolis und der Kyreneika zu besetzen; je weiter man aber ins wüste Innere kam, desto hartnäckiger wurde der Widerstand, dessen Seele der türkische Freiheitsheld Enver Bey war. Im Verlaufe des Krieges plante Italien auch die Forcierung der Dardanellen, ohne sie allerdings ernsthaft zu versuchen und besetzte an der kleinasiatischen Küste Rhodos und einige kleinere Inseln. Eine viel schwerere Bedrohung veranlaßte die Türkei, im Lausanner-Frieden, 1912, Tripolitanien preiszugeben. Die Italiener versprachen, Rhodos wieder zurückzugeben, wenn die türkischen Offiziere und Truppen

aus Afrika zurückgezogen würden. So besitzt nun Italien seine neue Kolonie „Libyen“ und glaubt damit seine Position am Mittelmeere wesentlich verstärkt zu haben. Heute aber, während des europäischen Krieges, beschränkt sich der Besitz nur auf die Küstenorte und kann nur mittelst starker militärischer Kräfte gehalten werden; das Innere muß vor den kriegerischen Stämmen unter Verlusten geräumt werden.

## 6. Der Balkan den Balkanvölkern.

**Der 1. Balkankrieg.** Noch war der Frieden mit Italien nicht unterzeichnet, als die christlichen Balkanvölker den Angriff auf die Türkei eröffneten. In aller Stille war das unmöglich scheinende möglich geworden; die rivalisierenden christlichen Balkanstaaten hatten sich in einem Balkanbunde zusammengefunden. Noch in den makedonischen Wirren sahen wir sie als Todfeinde, die hinter den schrecklich wütenden Banden standen. Was hatte diese Gesinnungsänderung herbeigeführt?

Die großgriechischen Pläne waren trotz der Niederlage von 1897 nicht zur Ruhe gekommen. Nur die militärische Besetzung durch die Großmächte hinderte Kreta, das ein eigenes Parlament und eine eigene Gesetzgebung besaß, sich Griechenland anzuschließen. Der erneute Vereinigungsbeschluß im türkischen Krisenjahre 1908 änderte nichts an der Lage. Weil das griechische Mutterland nicht an einen Waffenentscheid appellieren konnte, brach 1909 eine Militärrevolution aus, welche die Dynastie in die größte Gefahr brachte. Sie konnte sich wohl nur deswegen halten, weil damals, trotz der demütigenden Lage, doch die Politik des Zuwartens die einzig richtige war; immerhin wurde der Kronprinz Konstantin aus seiner leitenden militärischen Stellung verdrängt. An die Spitze der Regierung kam der frühere kretische Staatsleiter Venizelos, eine staatsmännische Kraft ersten Ranges; aber auch er wagte nicht, den Abgeordneten, die Kreta gewählt hatte, im griechischen Parlamente Einlaß zu geben. Die großgriechischen Pläne waren mit der Zeit beschnitten worden. Von dem großen griechischen Kaiserreiche, das in Europa die ganze Balkanhalbinsel umfassen sollte, wie man es zur Zeit der Befreiungskriege vor Augen hatte, war unter dem Zwange der Verhältnisse Stück für Stück preisgegeben worden. Die letzten bitteren Erfahrungen hatte man in Makedonien gemacht, das in seinem Großteil durchaus an die bulgarische Interessensphäre verloren gegangen war. So beschränkte man die

Aspirationen mehr auf das Erreichbare, die geschlossenen griechischen Sprachgebiete in Epirus; vor allem wollte man aber die Inseln erwerben; die Zeit zum Handeln drängte, da die Festsetzung der Italiener auf Rhodos keine guten Aussichten verhieß. So war der Gegensatz zu Bulgarien gemildert, sodaß ein Zusammengehen möglich wurde.

Aber auch in Serbien hatte sich eine Wandlung vollzogen. Noch im Jahre 1885 sahen wir den Serbisch-Bulgarischen Krieg. In der Folge rückte aber Serbien mehr und mehr von Österreich ab, das in jenem Jahre durchaus mit ihm gegangen war. Die wirtschaftliche Bevormundung und Ausnutzung, dann die Annexion Bosniens und der Herzegowina veranlaßten die Serben, neue Freunde und Verbündete zu suchen. Man konnte Makedonien preisgeben, sich mit Altserbien begnügen, mußte aber zur Erreichung der wirtschaftlichen Selbständigkeit mit aller Kraft durch das türkische Albanien einen Ausgang an die Adria suchen. So waren die Bedingungen für einen Zusammenschluß gegeben. Die treibenden Kräfte muß man wohl in Venizelos und dem Zaren Ferdinand von Bulgarien suchen; doch scheinen russische Einflüße auch mitgespielt zu haben. Daß der unternehmungslustige Nikolaus von Montenegro, der sich als letzter der Balkanfürsten eben (1910) den Königstitel beigelegt hatte, nicht abseits stand, ist selbstverständlich. Verwandtschaftliche Beziehungen zu Serbien, die starke Abhängigkeit von Rußland und die Aussicht, einen Gebietszuwachs zu erhalten, machten den Entschluß nicht schwer. Nun hieß es bloß, den günstigen Augenblick zum Losschlagen abzuwarten. Im Herbst 1912 war er gekommen: Der tripolitanische Krieg, der Verfall der politisierenden Armee, die Zersetzung der Jungtürken und der albanesische Aufstand legten die Ohnmacht des türkischen Staates vor aller Augen klar, und von den Mächten war wegen des herrschenden Gegensatzes kein Einschreiten zu befürchten.

Allen voran schlug Montenegro los; dann folgte am 18. Oktober 1912 die Kriegserklärung Serbiens, Bulgariens und Griechenlands an die Türkei. Die Ereignisse vollzogen sich sehr rasch. Die türkische Armee versagte in allem, in der Organisation, Verpflegung und Führung. Anderseits überraschten die Leistungen der Verbündeten, die militärisch durchaus vollwertig waren. Die Hauptarbeit leisteten die Bulgaren, die in blutigen Kämpfen bei Kirkilisse und Lüle-Burgas die Türken

auf die Tschadaltschalinie, d. h. bis vor die Tore ihrer Hauptstadt zurückwarfen. Die Festung Adrianopel, die sich tapfer wehrte, wurde im folgenden Frühjahr mit serbischer Hülfe erstürmt. — Unterdessen hatten die übrigen Verbündeten eine verhältnismäßig leichte Arbeit. Die Griechen, wieder von Kronprinz Konstantin geführt, nahmen Janina und ohne Schwierigkeiten Saloniki, dessen rasche Übergabe durch Gewährung günstiger Bedingungen erreicht wurde. So konnte man einer bulgarischen Abteilung, die auch auf dem Wege dahin war, um wenige Stunden zuvorkommen; immerhin nahm ein Teil dieser Truppen an der Besetzung der Stadt teil. Die griechische Flotte, die unbestritten Herr des Ägäischen Meeres war, besetzte ohne Mühe die meisten Inseln. Schon ernster waren die serbischen Kämpfe bei Kumanowo, an der Linie Nisch-Üsküb, dann auf dem Amselfelde und bei Monastir. Eine Heeresabteilung, die ebenfalls gegen Saloniki vorging, fand die Stadt bereits von den Griechen besetzt. Als bewunderungswürdige Leistung muß der Marsch über die Albanischen Alpen nach dem Adriatischen Meere bezeichnet werden. Da bereits Gerüchte über einen Waffenstillstand laut wurden, beeilten sich die Serben, die Städte Alessio und Durazzo zu besetzen. Am wenigsten Erfolg hatten die Montenegriner, die beinahe ein halbes Jahr, zuletzt mit serbischer Verstärkung, vergeblich Skutari belagerten, das sich dann schließlich ziemlich freiwillig ergab (Essad Pascha). Schon im Laufe des Krieges zeigten sich allerlei Rivalitäten — wir erinnern an Saloniki — unter den Verbündeten; zudem mischten sich die Großmächte ein. Der Vorstoß der Serben an die Adria bewog Österreich zur teilweisen Mobilisierung. Das hatte man vorausgesehen, indem Bulgarien für diesen Fall sich zur Hülfeleistung an Serbien verpflichtete, die allerdings zur Zeit rein unmöglich war. In London verhandelten die Mächte über die Gestaltung der Dinge auf dem Balkan. Die Diplomaten brachten es glücklich fertig, eine endgültige Lösung der Frage zu verhindern; sie verpaßten wieder einmal die Gelegenheit, eine Quelle steter Beunruhigung des europäischen Friedens zu verstopfen. Auf Drängen Oesterreichs und Italiens, die beide schon längst Absichten auf Albanien hatten und die Serben nicht an der Adria sehen wollten, wurde dieses Land aus der Eroberungsmasse der Verbündeten ausgeschieden und durch Diplomatengnaden zu einem selbständigen Staate erhoben. So mußte unter dem Drucke der Mächte Serbien, das man mit einem

Freihafen abfinden wollte, seine Truppen von der Adriaküste und Montenegro die seinigen aus Skutari zurückziehen.

**Der 2. Balkankrieg.** Die Folgen dieses Diplomatenstreiches waren für die Verbündeten äußerst unheilvoll und wirkten bis zu den jüngsten Ereignissen nach. Man hatte sich wohl im ganzen die Besiegung der Türkei nicht so leicht vorgestellt und unterlassen, für alle Eventualitäten einen genauen Verteilungsplan aufzustellen. Die Bulgaren hatten das schwerste Stück Arbeit geleistet; während ihr Heer bei Adrianopel und an der Tschadaltscha festgelegt war, konnten die Griechen und Serben den ganzen Westen besetzen, auch den größten Teil des Gebietes, das nach dem Verteilungsplane Bulgarien zugefallen wäre. Da Serbien die ihm zugedachten Landstriche in Albanien durch den Einspruch der Mächte verloren hatte, suchte es Entschädigung in dem von ihm besetzten Teile Makedoniens; auch die Griechen machten keine Mine, Saloniki, das sich die Bulgaren als ihren Haupthafen dachten, zu räumen. Man wies darauf hin, daß Bulgarien für sich allein Vorteile in Thracien gesucht habe, dessen Eroberung nicht in Aussicht genommen und darum im Verteilungsplan nicht berücksichtigt worden war. Hätte es sich mit weniger begnügt, so wäre der Krieg ein halbes Jahr früher beendet gewesen. Dazu kam, daß Bulgarien infolge seiner Aktion gegen Konstantinopel verschiedene Vertragspunkte nicht erfüllen konnte, während Serbien ein Mehr geleistet hatte (Hülfe vor Adrianopel). Bulgarien aber berief sich auch jetzt noch auf den Vertrag, obgleich er von den Großmächten durchbrochen worden war. Es hatte einen schönen Teil seiner Jugend geopfert, rund 70,000 Mann, zirka 25 % seines Heeres, eingebüßt, während sich die serbischen Verluste auf 28,000, die griechischen nur auf 12,000 beliefen.* Seine Ansprüche hätten das Reich fast genau verdoppelt (neu 87,000 km²), während den Verbündeten etwas mehr als ein Drittel dieser Fläche verblieben wäre (37,000 km²). Ihr Gegenvorschlag halbierte ungefähr den Gewinn: 61,000 km² für Bulgarien, 36,000 km² für Serbien und 27,000 km² für Griechenland. — Die gewaltigen Siege hatten die Bulgaren berauscht; das bewundernde Lob Westeuropas, das von einer Überraschung in die andere gefallen war, — sprach man doch von den Preußen des Balkans, verglich man den Generalstabschef

* Otto Bauer.

Savov mit Moltke, König Ferdinand mit Bismarck — verwirrte die Sinne: Großbulgarien mußte erstehen. Noch war kein Jahr vorbei, seitdem die Verbündeten ihre Manifeste gegen die Ungläubigen und die Bedrückung der slavischen Brüder erlassen hatten; der Krieg sei ein heiliger, es gelte die Befreiung der Stammesgenossen aus der Knechtschaft, die Ehre des Kreuzes gegen den Halbmond. Und jetzt — das, was man im Westen von allem Anfang an befürchtet hatte: der nackte Kampf um die Beute. So wandte denn Bulgarien sein Schwert gegen die bisherigen Verbündeten, ohne Kriegserklärung, ohne Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Juni 1913. Diplomatisch waren die Angegriffenen weit überlegen. Bulgarien sah sich sofort einem 2. Balkanbunde gegenüber, seinen früheren Freunden samt den Rumänen. Zudem waren die serbischen und griechischen Heere, die ja im Türkenkriege viel weniger gelitten hatten, mehr als ergänzt. Der Überfall mißlang; die blutige Schlacht an der Bregalnitza (Zufluß des Wardar) war eine entscheidende Niederlage der Bulgaren. Die Serben unter ihrem Generalstabschef Putnik zeigten sich als mindestens ebenbürtige Gegner. Da auch die Griechen unter ihrem neuen König Konstantin — König Georgios, dem nach schweren und bitteren Erfahrungen endlich doch noch die Sonne des Erfolges geleuchtet hatte, war in Saloniki ermordet worden —, der sich als trefflicher Heerführer auswies, nach Eroberung der Küstengegend siegreich das Strumatal hinaufzogen, war der Ausgang nicht mehr zweifelhaft. Waren die Bulgaren schon den ehemaligen Verbündeten nicht gewachsen, so wurde die Lage geradezu verzweifelt, als nun die Rumänen von Osten her in Bulgarien einmarschierten. Rumänien hatte im 1. Balkankriege die Rolle des Zuschauers gespielt, grenzte es doch nicht direkt an die Türkei. Als Preis für diese Haltung verlangte und erhielt es von Bulgarien die Stadt Silistria, deren Besitz die Dobrudscha schützte. Die glänzenden Erfolge der Bulgaren aber verursachten ein Mißbehagen; ein Großbulgarien, das die Hegemonie auf dem Balkan beansprucht hätte, mußte verhindert werden. Trotz der bulgarischen Niederlage marschierten die Rumänen, um sich die Kriegskosten zu decken, gegen Sofia. Aber noch nicht genug des Unheils! In raschem Handstreich bemächtigten sich die Türken, ohne Widerstand zu finden, unter Enver Bey wieder Adrianopels. Der Fall von der schwindelnden Höhe des Ruhmes war grausam; König Ferdinand mußte den Rumänen-

könig um Frieden bitten. Der Bukarester Frieden machte dem unseligen Kriege, dem der Stempel der Habsucht auch gar zu offensichtlich aufgedrückt war, ein Ende und ordnete die Besitzverhältnisse, natürlich auf Kosten der Bulgaren.

Sie gestalteten sich etwa folgendermaßen:

| | * vor den Kriegen | | nach den Kriegen | | Mehr | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | km² | Einwohner | km² | Einwohner | km² | Einwohner |
| Rumänien ** | 131353 | 7.000000 | 138650 | 7.300000 | 7300 | 300000 |
| Bulgarien | 96345 | 4.100000 | 121500 | 4.590000 | 25155 | 490000 |
| Serbien | 48303 | 2.957207 | ca. 90000 | ca. 4.000000 | ca. 42000 | ca. 1.000000 |
| Griechenland | 64650 | 2.600000 | „ 110000 | „ 4.000000 | „ 45000 | „ 1.400000 |
| Montenegro | 9000 | 260000 | „ 17000 | „ 490000 | „ 8000 | „ 230000 |
| Europ. Türkei | 170000 | 5.500000 | „ 15000 | „ 1.500000 | — 155000 | — 4.000000 |
| Albanien *** | | | „ 30000 | „ 900000 | | |

Der Krieg selber war kurz, aber sehr blutig gewesen. Die Mannschaftsverluste waren entsetzlich, viel größer als im Türkenkrieg. Serben, Griechen und Montenegriner hatten einen Gesamtverlust von 85,000, die Bulgaren von rund 100,000 Mann.† Trotzdem kann die geschaffene Situation nicht als befriedigend bezeichnet werden. Das gedemütigte, enttäuschte Bulgarien wird sich nie damit zufrieden geben. Die Teilung entspricht weder dem Nationalitätenprinzip noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen. So bekam Griechenland den Hauptteil der makedonischen Küste mit den wichtigsten Hafenplätzen, deren es eigentlich gar nicht benötigt, weil ihnen das den Handel nährende Hinterland fehlt. Wohl reicht Bulgarien an das Ägäische Meer; doch besitzt es in Dede-Agatsch keinen hervorragenden Hafen, der zudem keine gesicherte Eisenbahnverbindung mit dem Hauptlande im Norden hat. Serbien gar bleibt wie früher Binnenstaat — alles Verhältnisse, die unmöglich definitiv sein können. Als naturgemäße Entwicklung und Weiterbildung hätte uns die dauernde Festlegung des 1912 begonnenen Zusammenschlusses der christlichen Balkanvölker geschienen. Eine Balkanföderation mit einer gewissen Vereinheitlichung von Heer und Flotte, Post-, Eisenbahn- und Zollwesen und diplomatischer Ver-

---

* Nach A. Kutschbach. Andere Publikationen weichen in den Zahlen, besonders für die Einwohner, von den hier gebrachten ab.

** Bulgarische Abtretung eines Dreiecks zwischen Donau und Schwarzem Meer.

*** Von der Londonerkonferenz beschlossen.

† A. Kutschbach.

tretung hätte auch den Landgewinn der einzelnen Staaten nicht als so außerordentlich wichtig erscheinen lassen. Für die strittigen mittleren makedonischen Gebiete, deren Verteilung im Vertrage von 1912 noch nicht endgültig geregelt war, hatte man einen Schiedsspruch des russischen Zaren vorgesehen. Saloniki, als Hauptzankapfel, hätte, mit einer gewissen Autonomie ausgestattet, sich vorzüglich als Bundeshauptstadt geeignet. Um das Ehrgefühl der Bundesglieder zu schonen, hätte die Föderation nicht notwendig eine monarchische Spitze haben müssen. Um der Isolierung zu entgehen, wäre wohl auch Rumänien hinzugetreten. Ein so geeinigtes Staatswesen, dessen Glieder sich militärisch glänzend ausgewiesen hatten, wäre die siebente europäische Großmacht geworden. Eine solche Entwicklung hätte auch den Treibereien Rußlands, Österreichs und Italiens ein Ende bereitet. Daß diese Lösung der Balkanfrage zum vornherein verunmöglicht wurde und auch für absehbare Zeiten in der Zukunft ausgeschlossen bleibt, ist die Schuld der Diplomatie der Großmächte, die in London den Jammerstaat Albanien diktierte.

**Die albanische Frage.** Albanien ist eigentlich kein geographischer, sondern mehr ein ethnographischer, d. h. Völkerbegriff. Die Albaner leben von Skutari im Norden bis Janina im Süden und erstrecken sich auch nach Griechenland hinein. Ihr einheimischer Name ist Skipetaren, Felsbewohner; die Türken heißen sie Arnauten. Die Gegend hieß im Altertum Illyrien, das auch Dalmatien in sich schloß. Die Bewohner waren wilde Räuber, auch zur See. Unter dem Römerreich hatte die Provinz eine hohe Bedeutung. Hier lag der berühmte Hafenort Dyrrhachium (Durazzo), bekannt aus den Kämpfen zwischen Cäsar und Pompejus. Illyrien gab dem Reiche auch den großen Kaiser Diokletian; in Spalato sind die Ruinen seines Riesenpalastes noch heute zu sehen. Zur Zeit der Völkerwanderung kamen Gothen, Hunnen, Vandalen und Avaren ins Land; dann drangen slavische Stämme herein und slavisierten einen Teil der Bevölkerung. Durch diese Barbareneinfälle ging die vorhandene Kultur verloren. Mit Byzanz lagen die unruhigen Bewohner in stetem Kriege. Zahlreiche Stämme wanderten in früheren Jahrhunderten nach Griechenland aus und wurden mit der Zeit teilweise hellenisiert; auch nach den zwei Halbinseln Süditaliens und nach Sizilien zogen Teile des Volkes, die sich bis heute erhalten haben. Die Heldenzeit des albanischen Volkes war unter Skanderbeg, ums Jahr

1450, der sich mit Glück gegen die Türken behauptete. Später wurde Albanien doch türkische Provinz, ohne je völlig beruhigt zu werden. Der Küste entlang hatten sich die Venetianer festgesetzt und vielerorts behauptet; noch heute tragen eine Reihe Städte den Stempel der italienischen Kultur. Sehr spät, erst um 1650, drang der Islam in das bis dahin christliche Land. Nachdem die Janitscharen zu Haustruppen herabgesunken waren, bildeten die Albanesen die Kerntruppen der türkischen Heere. Sie lieferten der Türkei viele der tüchtigsten Heerführer und Staatsmänner. Unter Abdul Hamid stellten sie die Leibwache, was sie aber nicht hinderte, daheim in Albanien seinen Befehlen zu trotzen. Freiheitsstolz und ein ausgesprochenes Selbstbewußtsein sind die hervorragendsten Eigenschaften der Albanesen. Das Volk lebt nicht in einheitlichen Verhältnissen. Die große Mehrzahl ist mohammedanisch, daneben gibt es griechisch-orthodoxe und römisch-katholische Christen. Die geghischen und toskischen Mundarten sind sehr verschieden; sodaß das gegenseitige Verständnis erschwert ist. Nie waren die Bewohner einig. Nicht nur sind die Tosken im Süden Feinde der Geghen im Norden, die einzelnen Völkerschaften der letzteren stehen wiederum gegen einander, so die Miriditen gegen die Malzoren, welch letztere unter sich ebenfalls zerfallen sind. Dazu befehden sich Christen und Mohammedaner. — Die Albanesen waren bisher eine geschichtslose Nation; sie hatten keine Schriftsprache, nicht einmal ein eigenes Alphabet. Neben den Mundarten hatten das Türkische, Griechische und Italienische Kurs, je nach Glauben und Landesgegend; man benützte arabische, griechische und lateinische Schriftzeichen. Sehr verschieden in der Lebensweise sind die Berg- und Talbewohner. Im albanischen Bergland herrscht noch die uralte Gentil- (Sippen) und Stammesverfassung, wie sie die Germanen hatten.* Man treibt eine primitive Alpwirtschaft für den Eigenbedarf; Geld ist wenig im Gebrauch. Das Volk zerfällt in Stämme, eigentlich Sippen, d. h. Verbände blutsverwandter Familien, die unter sich das Eherecht nicht besitzen. Der Stamm teilt sich in Gaue, an deren Spitze der erbliche Gaugraf (Bajraktar) steht. Er ist Anführer im Krieg und leitet den Thing, die Volksversammlung, welche die Gesetze gibt. Die Völkerschaft der Miriditen z. B. besteht aus fünf Bajraks; an der Spitze steht als Herzog der Kapetan.

---

* Siehe: Wirz, Geschichtslehrmittel für Sekundarschulen. Seite 37.

Gerichte sind nicht vorhanden; für die Sicherheit der Person sorgt die Blutrache. Wird ein Malzore (Bergbewohner) ermordet, so ist der nächste männliche Verwandte verpflichtet, den Mörder oder einen seiner Verwandten zu töten. Jeder neue Mord ruft neuer Vergeltung, d. h. ganzen Stammesfehden. Aber auch Schädigungen und Beleidigungen führen zu Blutrache, die seit Benutzung der modernen Feuerwaffen verheerend wirkt. Schließlich erfolgt ein Sühnvertrag, nach dem die Sippe des Mörders ein Wergeld zahlt. Es wird behauptet, daß etwa ein Fünftel der männlichen Malzoren eines gewaltsamen Todes sterben. So geht der Malzore, immer vom Tod umlauert, nie ohne Waffe aus, er fühlt sich als Krieger, die Arbeit verbleibt dem Weibe. Der Mann kauft die Braut von der Sippe. Stirbt er, so wird die Frau vom Bruder als Nebenfrau genommen, ist keiner vorhanden, so kehrt sie in das väterliche Haus zurück; Erbrecht am Gattenvermögen besitzt sie nicht. In den Bergen gilt nicht das türkische, sondern das alte Gewohnheitsrecht. Nie haben die Malzoren Steuern bezahlt oder Rekruten gestellt, höchstens dienten sie als irreguläre Miliz. Der serbische Bauer der Ebene haßt und fürchtet den bewaffneten Nachbarn, der ihm sein Vieh raubt.

Ganz anders sind die Albaner um Skutari, am Meere und in Epirus. Sie sind längst unterworfen und stehen unter türkischen Beamten und Gesetzen. Die Landwirtschaft ist entwickelt. Die Bauern sind unter reichen arnautischen Feudalherren; in den Städten sitzt ein Bürgertum. — Zur Zeit der türkischen Revolution (1908) erwachten auch die Albaner, die bis jetzt keine einheitliche Politik hatten. Nationale Kongresse dieser fortgeschritteneren Talbewohner forderten albanische Schulen, albanische Beamte, ein einheitliches lateinisches Alphabet und schließlich auch die Autonomie, aber nicht nach Art der Bergstämme, sondern in Form eines zentralisierten, einheitlichen Gemeinwesens. Albanische Klubs und albanische Zeitungen stützten diese nationale Bewegung. Die jungtürkischen Führer, selber Albanesen, hatten die Bergstämme für ihre Zwecke zu gewinnen gewußt, sodaß auch diese, mit den Waffen drohend, die Verfassung verlangten. Aber einmal im Besitze der Macht, verlangten die Jungtürken Respektierung der einheitlichen türkischen Gesetze, Steuern und Rekruten, — und mit der Freundschaft war es vorbei. Die rebellischen Malzoren konnten nun leicht als Bundesgenossen des Südens gewonnen werden; auch sie erhoben die gleichen

nationalen Forderungen. In drei Feldzügen versuchte man die Unterwerfung der wilden Bergstämme. Hatte man sie nach blutigen Kämpfen entwaffnet, so wurden sie von Montenegro aus mit neuen Gewehren versorgt, sodaß kein Ende abzusehen war. Im Süden verboten die Türken die nationalen Klubs, Zeitungen und die lateinische Schrift. Dafür verlangten sie für die albanische Sprache die arabischen Schriftzeichen, obgleich diese sich gar nicht dafür eigneten, und an den Schulen die türkische Sprache. Die Osmanisierungs- und Zentralisierungsbestrebungen der Jungtürken waren in Albanien übel angebracht. Galt das Land bisher als eine Stütze des Osmanenreiches und konnte man es wenigstens gegen das unruhige Makedonien ausspielen, so trieb man es jetzt in die Opposition, in den Aufstand, den man auch auf alte Türkenart nicht zu bändigen vermochte. Erst der Sturz der Jungtürken durch die politisierende Armee gab 1912 dem Lande Ruhe. Die Staatsgewalt kapitulierte vor den Malzoren. Es war aber zu spät; schon hatte die offenbare Ohnmacht des Staates gegenüber dem Albaneraufstand die christlichen Nachbarländer zum Balkanbunde ermutigt.

Bei der Zertrümmerung der Türkenherrschaft in Europa wollten Serbien und Griechenland sich in den Besitz des Landes teilen; ersteres beanspruchte den Norden, letzteres den Süden. Nun traten aber die Großmächte, d. h. Österreich und Italien dazwischen. Das gemeinsame Vorgehen entsprang dem gegenseitigen Mißtrauen; denn beide hatten Absichten auf das Land. Nur eine schmale Meeresstraße trennt Italien von Albanien; der Besitz der jenseitigen Küste verwandelt die Adria in ein italienisches Meer. Österreich erkannte die Gefahr; es wollte sich durch die Linie Otranto-Valona nicht abschnüren lassen und auch verhindern, daß von Italien aus eine wirtschaftliche Konkurrenz auf der Balkanhalbinsel einsetze. So begann das Wettrennen um die Stärkung des Einflusses in Albanien. Österreich stellte vor allem die Religion in seinen Dienst. Die katholische Geistlichkeit wurde durch österreichische Mittel ausgebildet, der Abschluß ihrer Studien erfolgte in österreichischen Städten, jeder katholische Geistliche der Malzia erhielt 600 Kronen aus dem österreichischen Staatsschatze. Auch Schulen in Skutari wurden durch österreichische Ordensbrüder und Schulschwestern geleitet, so eine Privatschule für die Söhne der Bajraktare (Gaugrafen). Die katholischen Erzbischöfe in Skutari und Durazzo pflegten enge Beziehungen

mit den österreichischen Klerikalen. Aber auch Italien hielt seine Schulen in Albanien und da sie unter weltlicher Leitung standen, wurden sie von dem mohammedanischen und orthodoxen Bevölkerungsteil bevorzugt. Bei der Besetzung hoher katholischer Kirchenämter rangen italienische mit österreichischen Einflüssen; auch arbeitete in verschiedenen Gegenden italienisches Kapital. Infolge dieser Rivalität schlossen die zwei Länder schon 1897 einen Vertrag über Albanien, wonach keine der Mächte sich dort festsetzen dürfe; würde die Türkei liquidiert, so erhielte Albanien die Autonomie. Im albanischen Aufstande spielten italienische und österreichische Einflüsse keine kleine Rolle. Dieser Vertrag wurde gegen die Serben ins Feld geführt, und die Londoner-Konferenz von 1913 verschaffte ihm Geltung. So entstand das Königreich Albanien, eine politische Mißgeburt. Wohl um die Eifersucht der einheimischen Großen nicht zu wecken, wurde nach anderen Mustern ein Ausländer nach Albanien verpflanzt, der Fürst zu Wied. Von Anfang an konnte er sich nur mit militärischer und finanzieller Hülfe der Mächte halten. Wollte er im Sinne der Nationalisten, d. h. zentralistisch regieren, so hatte er sofort die Bergstämme auf dem Halse; verzichtete er auf die Geltendmachung der staatlichen Gewalt, so war seine Sendung überhaupt überflüssig. Der griechische Süden von Epirus fügte sich zum voraus nicht, erklärte sich als unabhängig und verlangte die Vereinigung mit Griechenland. So bedeutete sein Herrscherdasein einen Kampf gegen die Unbotmäßigkeit. Bis in seine nächste Umgebung spielten die Intrigen der ehrgeizigen Großen (Essad Pascha). Der ausbrechende Europäische Krieg machte die Lage vollends unhaltbar. Fürst Wied verließ das Land, und so ist Albanien vorerst herrenlos.

## 7. Die Südslavenfrage.

Die Liquidation der Türkei berührt alle europäischen Großmächte; ihre Interessen stoßen aufeinander oder kreuzen sich mit denen der Balkanstaaten. Rußlands altes Ziel ist Konstantinopel. Die jetzige Lage im Weltkriege rechtfertigen seine Wünsche. Als Weltmacht ersten Ranges fehlt ihm die sichere Verbindung mit den gangbaren westlichen Meeren. Im Westen ist die dänische, oder deutsche, eventuell auch die englische, im Süden die türkische Sperre. Der Besitz oder doch die Kontrolle dieser türkischen Meerengen ist eine Lebensfrage für das große Reich, und solange hier

nicht eine für Rußland annehmbare Lösung eintritt, gibt es im Osten keine Ruhe. Die Eroberung Konstantinopels mit dauernder Besetzung durch Bulgarien mußte zum voraus als eine Utopie bezeichnet werden; die großbulgarischen Pläne lagen überhaupt nicht im Sinne Rußlands und daß es seinen früheren Vasall und Schützling im zweiten Balkankriege fallen ließ, ist wohl nicht als Zufall zu betrachten. Rußland, als echter Eroberer, erstreckt aber seine Wünsche auch auf Armenien und Kleinasien. Wir kennen Englands Festsetzung in Ägypten, am Persischen Golf und in Arabien. Italien hat Tripolis genommen und will Albanien gewinnen. Frankreich hat in der Türkei große Kapitalien engagiert, besitzt das Protektorat über die katholischen Christen und alte Ansprüche in Syrien. Deutschland baut die türkischen Bahnen in Asien und sucht in Kleinasien und Mesopotamien ein Feld seiner wirtschaftlich-kapitalistischen Betätigung. Österreichs Wünsche endlich gehen nach Saloniki und in Konkurrenz zu Italien nach Albanien. — In letzter Linie sind diese Interessen alle Ausflüsse wirtschaftlicher Natur, Äußerungen des Imperialismus, d. h. der Politik, bei der die Staatsmittel, Heer, Flotte und Diplomatie sich vor den Wagen des Großhandels, der Großindustrie und der Großbanken spannen lassen. Mission, Schule, Hebung der Kultur, allgemeines Interesse sind dabei in der Hauptsache bloße Dekoration.

**Österreich und Serbien.** Auf der Balkanhalbinsel sind Rußland und Österreich die Hauptkonkurrenten. Dabei war und ist ersteres entschieden im Vorteil. Als Glaubens- und Rassegenossen sahen die Balkanslaven im Zaren stets ihren Befreier und Beschützer, verwandtschaftliche Beziehungen zu den dortigen Dynastien knüpften enge Freundschaftsbande, und war die russische Politik im innersten Kern auch auf den eigenen Nutzen bedacht, so ließ man sich doch die Freundschaft etwas kosten: viel russisches Blut wurde zur Befreiung der Balkanvölker vergossen. Im Gegensatz dazu war Österreichs Politik stets unglücklich. 1718 hatte es als Ergebnis der Siege des Prinzen Eugen von Savoyen auch die kleine Walachei und Belgrad mit einem Teile Serbiens erhalten. Infolge seiner Schwäche gingen diese Gebiete 1739 im Frieden zu Belgrad wieder verloren. Später rührte es im serbischen Befreiungskriege keinen Finger, und durch Metternichs Schuld hatten die Griechen ihren Leidenskelch bis zur

Neige zu leeren. Für Befreiungszwecke opferte man auch zur Zeit der Emanzipation der Bulgaren keinen Soldaten; dagegen wußte man sich in die Halbinsel hineinzuschieben (Bosnien).

Als sehr ungeschickt muß vom unbefangenen Zuschauer Österreichs Politik gegenüber Serbien bezeichnet werden. Es lassen sich dabei zwei Phasen unterscheiden. Als Binnenstaat war Serbien durchaus von Österreich abhängig. Seine wirtschaftlichen Bedürfnisse tendierten der Donau entlang nach Westen. Als Agrarstaat mußte es nach Österreich oder durch Österreich hindurch sein Vieh, sein Getreide und seine Früchte absetzen; von ihm bezog es die Industrieprodukte. Die Handelswege nach Saloniki und durchs eiserne Tor verteuerten die Produkte zu stark, waren also im Großen nicht gangbar. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit ließ das große Österreich-Ungarn das kleine Serbien fühlen. Dieses war ja nur ein Kleinstaat und zudem unter König Milan und auch unter seinem Nachfolger, König Alexander, von zweifelhaftem Rufe. 1903 entledigte sich Serbien durch eine Militär-Revolution, allerdings auf orientalisch-grauenhafte Weise, der Obrenowitsch und damit der drückenden Abhängigkeit von Österreich. Mit König Peter, einem Karageorgewitsch, betrat Serbien entschieden eine aufsteigende Entwicklungslinie. Parallel damit gingen verstärkte Pressionen vonseiten der Donaumonarchie. Der seit 1892 in Kraft bestehende serbisch-österreichisch-ungarische Handelsvertrag wurde 1905 gekündigt und trat 1906 außer Kraft. Die Donaumonarchie forderte das Verbot der Einfuhr von Lebendvieh und die Beschränkung der Fleischeinfuhr, ferner Aufhebung der Begünstigungen im Grenzverkehr. Nach einem provisorischen Zustand trat erst im Herbst 1908 ein neuer Handelsvertrag in Kraft, der die Einfuhr des Fleisches von 35,000 Rindern und 70,000 Schweinen erlaubte. Auf Einspruch der ungarischen Agrarier wurde er im folgenden Frühjahr wieder aufgehoben, zu einer Zeit, da man in Wien wegen Fleischnot und Teuerung die Einfuhr von Gefrierfleisch verlangen mußte. Nach zweijährigem Interregnum kam endlich Anfang 1911 ein neuer Vertrag zur Ausführung, der aber nur die Fleischausfuhr von 15,000 Rindern und 50,000 Schweinen gewährte. In neuerer Zeit setzte in Serbien auch die industrielle Entwicklung ein. In Brauereien, Brennereien, Zuckerfabriken, Spinnereien etc. wurde viel fremdes, nicht österreichisches Kapital plaziert, mit der Verpflichtung, aus dessen Ursprungsland Industrieprodukte, be-

sonders Maschinen zu beziehen. So wurde das österreichische Industriekapital geschädigt und meldete sich bei den Handelsvertragsabschlüssen. 1906 wollte Österreich mit Serbien nur dann verhandeln, wenn es sich vorher verpflichte, sein Eisenbahnmaterial beim österreichischen Eisenkartell, seine Kanonen bei den Skodawerken zu beziehen. Daran scheiterte der neue Handelsvertrag und Serbien mußte zur Rettung seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit Ausschau nach neuen Absatzgebieten halten. Es begann der Zug nach dem Meere und das Bestreben, Österreich vollends abzuschütteln. Zunächst verhandelte man mit Bulgarien wegen einer Zollunion; sie scheiterte allein am Einspruche Österreichs. 1908 meldete Serbien, wie früher schon erwähnt, seine Adriabahn an: Belgrad-Nisch-Antivari. Auch sie fiel durch den Widerspruch Österreichs. In Serbien mußte die Erbitterung zur Siedehitze steigen. Man wurde wirtschaftlich tatsächlich erwürgt; Österreich kaufte keine serbischen Waren und verhinderte den anderweitigen Absatz! Es blieb nur noch ein Weg übrig, sich mit den Waffen einen „Korridor“ zum Meer, sei es an die Adria oder nach Saloniki zu erkämpfen. Serbien war für den Balkanbund reif geworden.

Der 1. Balkankrieg leitete die zweite Phase ein. Die Kriegserfolge der jungen Balkanstaaten waren für die Westmächte eine grenzenlose Überraschung. Die unverbrauchten Bauernkrieger, mit denen man sich höchstens in einem Witzblatt beschäftigte, hatten sich militärisch großartig ausgewiesen. Für Österreich war der Weg nach Saloniki versperrt. Das unscheinbare, so verachtete Serbien wurde nun mit ganz anderen Augen betrachtet. Vorbei war die Zeit, da man nur den Drohfinger zu heben brauchte, um seinen Willen durchzudrücken. In die österreichische Diplomatie kam die Angst vor der drohenden Südslavengefahr.

**Österreich-Ungarn und seine Südslaven.** Im Jahre 1848 waren in Österreich die nationalen Probleme aufgeworfen worden; die Völker hatten die nationale Autonomie innerhalb des Reichsrahmens gefordert. Die Kroaten unter ihrem Banus Jellachich, ebenso die ungarischen Serben stellten sich zwar schließlich auf die Seite von Kaiser und Reich, um der ungarischen Einverleibung zu entgehen. Das Resultat der achtundvierziger Bewegung war nicht eine gesunde Dezentralisation, sondern der auf Zwang beruhende Einheitsstaat. Die Jahre 1859 resp. 1866 brachten eine Lösung der italienischen und

ungarischen, nicht aber der südslavischen Frage. Als nach der Katastrophe von Königgrätz der Ausgleich mit Ungarn gewährt werden mußte, ernteten Kroaten und Serben für ihre Treue einen schlechten Lohn, indem sie an Ungarn ausgeliefert wurden. Überhaupt riß man das Volk total auseinander. Kroatien - Slavonien erhielt von Ungarn eine gewisse Autonomie, die Serben in Ungarn kamen direkt unter die Pester Regierung, Dalmatien, das Küstenland und Krain als Kronländer unter Österreich. 1878 wurden die neuen südslavischen Gebiete Bosnien und die Herzegowina als Reichsland angeschlossen; man okkupierte, ohne zu wissen, ob das neue Land in die „linke (Wien) oder rechte Hosentasche (Budapest) komme", entgegen dem Willen der Deutschen, die keine slavische Mehrheit wollten. Seit der Annexion von 1808 sind die Hälfte aller Südslaven, die zwischen den karnischen Alpen und dem Schwazen Meere sitzen, bei der Donaumonarchie,

| Österreich-Ungarn | | Balkanstaaten | |
|---|---|---|---|
| Slovenen: | 1,4 Millionen | Bulgaren: | 4,6 Millionen |
| Kroaten: | 3,6 „ | Serben: | 3,3 „ |
| Serben: | 2,7 „ | | |
| Ca. | 8 Millionen | Ca. | 8 Millionen |

natürlich alles nur in runden Zahlen gerechnet.

Ebenso unerfreulich, wie die staatlichen, waren auch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Österreich und Ungarn betrachteten die Südslavenländer als Kolonien, d. h. als Ausbeutungsgebiet. Entweder verhinderten sie das Aufkommen der Industrie oder brachten sie durch das hineingesteckte Kapital in ihre Hand; die Naturschätze wurden also durch Landesfremde ausgebeutet. Infolge der einseitigen ungarischen Eisenbahntarifpolitik konnte Kroatien mit Ungarn nicht einmal auf dem bosnischen Markte konkurrieren. Die Tarife Agram-Fiume waren höher als die Budapest-Fiume. Ähnliches galt für Bosnien. Die heimische Industrie wurde belästigt, bis sie wenigstens ihren Sitz nach Ungarn verlegte, und so die Steuern in die ungarische Tasche flossen. In Bosnien beschützte man die rückständigen wirtschaftlichen Zustände aus der Türkenzeit; nur die Firmatafel war ausgewechselt worden. Genau wie in Makedonien hat sich dort die Feudalwirtschaft bis in die Jetztzeit erhalten. Neben den freibäuerlichen Betrieben herrscht noch eine ausgedehnte Kmetenwirtschaft, d. h. der Grundherr, in der nationalen Sprache Spahi, Aga oder Beg genannt, überläßt dem serbischen Bauer, dem Kmeten, seine Güter gegen Leistung einer Naturalabgabe,

des Hâk, der normal einen Drittel des Ernteertrages ausmacht, als Erbpacht. Bis 1908 wurde nach alter Weise der Zehent in Natura als Staatssteuer geleistet; seit jenem Jahre wird er in Geld umgerechnet. Es gibt Agas, die Hunderte von Kmetengütern besitzen. Seit Jahrhunderten lag der christliche Bauer mit seinem Grundherrn im wirtschaftlichen Kampfe, der oft in hellem Aufruhr endete. Als man wiederum, und zwar mit Erfolg, im blutigen Kampfe stand, erschienen die Österreicher (1878) und erklärten, daß die Kmeten auf legale Weise durch den Staat befreit würden. Aber das Versprechen wurde nicht eingelöst; in den Streitigkeiten stellte sich die Regierung auf die Seite der Grundherren, auf die sie sich stützte. Da das Land unter Militärverwaltung stand, schwand jede Aussicht auf Erfolg bei Anwendung von Gewalt. So wurden der Kmete und der Halbkmete mit Haß erfüllt; sie vernachlässigten, um den Hâk herabzumindern, den Bodenbau, sodaß das Land nicht einmal genug Getreide für sich selber pflanzen kann. Jeder Betrug bei der Abgabenleistung wird versucht, um den Aga zu schädigen. Endlos sind darum die Agrarstreitigkeiten; im Jahre 1909=20580, sodaß der Hâk oft auf Staatskosten gesammelt werden muß. Es wird behauptet, daß die dabei entstehenden Unkosten reichen würden, die Tilgungsquote für den Freikauf aller Kmetengüter zu entrichten. 1910 sah eine förmliche Massenweigerung, den Hâk abzuliefern. Trotz dieser schlechten Erfahrungen lehnte die Regierung es ab, bei Erlaß der Verfassung, die man dem Lande nach der Annexion gab, die obligatorische Loslösung der Kmeten vorzusehen.

Aber noch in anderer Richtung sind die österreichischen Südslaven gespalten. Während die westlichen Teile, Slovenen und Kroaten, in der Hauptsache römisch-katholisch sind, ist im Osten, bei der serbischen Bevölkerung die griechisch-orthodoxe Kirche vorherrschend; in Bosnien und der Herzegowina sitzen dazu noch etwa 650,000 Mohammedaner, meist übergetretene Serben.

Wie bei den andern Völkern der Donaumonarchie haben die nationalen Bestrebungen auch bei den Südslaven mit Macht eingesetzt. Es ist ein spätes Erwachen.

Bis in die neueste Zeit schienen die Südslaven überhaupt zum Dienen geboren zu sein. Bald nach ihrer Einwanderung aus der sarmatischen Ebene kamen alle unter fremde Herren; im Nordwesten standen sie unter dem deutschen Edelmann,

an der Adria unter dem italienischen Kaufmann, in der Ebene herrschte der magyarische Magnat, im Osten der türkische Spahi und der griechische Priester; nur in Kroatien war ein eingeborener Adel, dessen Interessen aber rasch mit denen der magyarischen Magnaten verflossen. Im 19. Jahrhundert erst begannen die Befreiungsversuche in Staat, Kirche und Volkswirtschaft. Langsam wuchs aus der gleichförmigen Masse der Bauern eine Schicht von Gebildeten heran, die im Gegensatz zur Herrenklasse in der nationalen Sprache redete und schrieb. Es vollzog sich das geschichtliche Erwachen. Die südslavischen Sprachen sind nahe verwandt. Bei einer politischen Herrschaft hätten die Südslaven ihre gemeinsame Schriftsprache bekommen, obgleich die Mundarten von Gau zu Gau wechseln. Unter den gegebenen Verhältnissen aber entstanden im Osten die bulgarische, im Nordwesten die slovenische Nation; nur in der Mitte, bei Serben und Kroaten war eine gemeinsame Schriftsprache möglich. Die Sprachgrenzen sind schwer zu ziehen; in den Grenzbezirken fließen die Mundarten ineinander über. Trotz gemeinsamer Schriftsprache sind die Serbo-Kroaten oder Kroato-Serben doch nicht ganz geeinigt; die meist römisch-katholischen Kroaten benützen die lateinische, die orthodoxen Serben die cyrillische Schrift. Zu einer politischen Einigung aller Südslaven scheinen heute die Vorbedingungen (Einheit in Sprache, Schrift und Glaube) zu fehlen, es ist auch kein Versuch dazu gemacht worden. Anders aber steht es mit den Teilzusammenschlüssen. In Österreich entstand ein Großkroatisches Programm, das die Einigung aller Kroatoserben der Monarchie sich zum Ziele setzte, und in letzter Linie auch auf Anschluß der außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Serben hoffte. Auf die Donaumonarchie beschränkt, ergäbe es ein Volk von rund 8 Millionen, $1^1/_2$ Millionen Slovenen, die nur einen Dialektunterschied aufweisen, inbegriffen. Die Sammlung würde um Kroatien-Slavonien geschehen, das seit 1868 eine gewisse Autonomie in Justiz, Kirche und Schule besitzt. Die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Fragen, Steuern und Rekrutenaushebung werden in Budapest entschieden, wo die 40 kroatischen Stimmen — nicht einmal ein Zehntel des ungarischen Reichstages — herzlich wenig bedeuten. Die magyarisierende Politik Ungarns, die auch den Kroaten gegenüber versucht wurde und die wirtschaftliche Ausnutzung hatten den kroatischen Landtag längst in die Opposition getrieben. Auch das rückschrittliche Wahlrecht, das nur 7 % der Ein-

wohner umfaßt, half nicht mehr; so schickte man die Vertretung nach Hause und regierte mit einem königlichen Kommissär. Die Regierungen zeigten weder für die nationalen, noch für die demokratischen Bedürfnisse Verständnis. Hätten sie mit der Annexion zugleich den Zusammenschluß der Südslaven zu einem Staat vollzogen, der neben Österreich und Ungarn als vollberechtigter Dritter getreten, so wäre sie als nationale Notwendigkeit und nicht als bloßer dynastischer Akt erschienen.* Aber nichts dergleichen geschah. Die Verfassung, die dem Reichslande gegeben wurde, befolgte das alte Herrscherprinzip, die einzelnen Völker und Gegensätze gegeneinander auszuspielen: Divide et impera. Sie spaltet das Volk streng nach den drei Religionen. Jede wählt für sich und jeder ist eine entsprechende Zahl von Abgeordneten zugesichert. So ist das Trennende, statt das Einigende betont und da die 10,000 Spahis, die Kmeten besitzen, fast ausschließlich, die Freibauern wenigstens mehrheitlich Mohammedaner, die Kmeten aber zum größten Teil orthodoxe Christen sind, so werden die wirtschaftlichen Gegensätze zu religiösen gestempelt, sodaß ein Ausgleich noch schwieriger gestaltet wird.

**Die großserbische Bewegung.** So gingen die Blicke über die Grenze, wo sich ein großes Werden vollzog. Die Stammesgenossen in Serbien kämpften eben den Emanzipationskampf von Österreichs wirtschaftlicher Bevormundung. Die großserbische Idee, die Anschlußgelüste an das Königreich Serbien, derentwegen schon der große Agramer-Hochverratsprozeß inszeniert worden war, fand gute Nahrung. Die Entwickelung der Ereignisse auf der Balkanhalbinsel wurde fieberhaft verfolgt.

Mit Schrecken sahen die leitenden Kreise der Donaumonarchie die Serbische Gefahr. Serbien durfte kein Piemont der Südslaven sein; sein Aufschwung mußte gehemmt werden. So sperrte denn Österreich den Korridor zum Meere, indem es die Autonomie Albaniens verlangte. Zähneknirrschend zogen die enttäuschten Serben infolge der Mobilisation Österreichs ihre Truppen von der Adria zurück. Noch einmal war ihm der böse Nachbar in die Arme gefallen, nachdem er 1908 den nationalen Traum, bei günstiger Konstel-

* Andere sehen allerdings das Heil nicht in der Erweiterung des Dualismus zum Trialismus, sondern verlangen den föderativen Bundesstaat, der die freien Nationen zusammenfaßt.

lation die Stammesbrüder in Bosnien zu sich hinüberzuziehen, grausam zerstört hatte — dieses Bosnien, mit dem die Serben schon durch ihre Volkslieder geistig untrennbar verbunden sind.

Noch höher gingen die großserbischen Wogen links und rechts der Drina, als im zweiten Balkankrieg der serbische Waffenruhm sich mehrte. Die freien, serbischen Bauern hatten ihr Reich verdoppelt, ihre Brüder in Makedonien erlöst; sollte es nicht auch möglich sein, die Genossen jenseits der Save und Drina von der habsburgischen Fremdherrschaft zu befreien? Hatte die Donaumonarchie versäumt, die nationale Frage ihrer Südslaven einer Lösung in großkroatischem Sinne entgegenzuführen, um sie so auf den Reichsrahmen zu beschränken, so erhielt nun die großserbische Propaganda, gestützt durch ein ruhmbedecktes, seiner Kraft bewußtes Serbien, freie Bahn. So wurde der Kampf, ursprünglich mehr ein geistig-publizistischer Streit zwischen Agram und Belgrad, zum Kampf zwischen Wien und Belgrad-Petersburg, ja zum Kampfe zwischen Berlin und London.

**Der Krieg.** Das Attentat zu Serajewo vom 28. Juni 1914, dem der Erzherzog Ferdinand und dessen Gemahlin zum Opfer fielen, war ein politischer Racheakt, ausgeführt von Serben der Donaumonarchie; denn der Thronfolger galt als Haupt der serbenfeindlichen Kriegspartei, die vor allem auch der großserbischen Agitation zu Leibe gehen wollte. Wir kennen die unheilvollen Folgen. Die allgemeine Kriegsgefahr, die 1908 und 1912 so nahe gewesen, stand mit dem Attentat urplötzlich wieder in nächster Nähe. Man war ja zum Losschlagen bereit. Wehrsteuer, Erhöhung der Mannschaftsbestände und Verlängerung der Dienstzeit hatten doch nicht im Dienste des Friedens gestanden! Zunächst schien die österreich-ungarische Monarchie vor Schreck gelähmt. Sehr spät erst, am 23. Juli, erließ sie an Serbien ein Ultimatum, welches bis am 25. Juli, abends 6 Uhr, beantwortet werden mußte. Sie klagt Serbien darin an, es habe trotz seiner 1909 gegebenen Erklärung, welche die Annektierung Bosniens anerkannte und das gegnerische Verhalten aufzugeben versprach, die Bewegung, welche die Lostrennung eines Teiles des Landes von der Donaumonarchie bezweckte, nicht nur nicht verhindert, sondern eher noch begünstigt. Der Mordanschlag sei in Belgrad entstanden und von serbischen Offizieren und Beamten unterstützt worden. Darum verlange man, daß die serbische

Regierung am 26. Juli auf der ersten Seite der „Amtlichen Zeitung“ die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteile, die verbrecherischen Folgen bedauere und größte Strenge gegen künftige ähnliche Bestrebungen androhe. Diese Erklärung solle auch dem Heere in einem Tagesbefehl bekannt gegeben werden. Dann stellte Österreich-Ungarn eine ganze Reihe detaillierter Forderungen, die auf die Überwachung der serbischen Presse, Auflösung der national-propagandistischen Gesellschaften, Ausmerzung der irredentistischen Propaganda innerhalb der Schule, Entlassung der irredentistisch tätigen Offfziere und Beamten, Verhinderung des Grenzhandels in Waffen und Sprengstoffen und Bestrafung der in der Mordaffäre beteiligten Personen hinausliefen. Am tiefgehendsten waren Forderung:

5. „Die Serbische Regierung stimmt der Ernennung Österreich-Ungarischer Regierungs-Delegierter bei, welche zusammen mit der Erstern die sich gegen die Integrität der Donaumonarchie richtenden Bewegung zu unterdrücken haben“ und

6. „Sie wird gegen die Mitschuldigen an der Verschwörung vom 28. Juni, welche sich in Serbien befinden, gerichtlich vorgehen. Österreichisch-Ungarische Regierungs-Delegierte werden sich an diesem gerichtlichen Verfahren beteiligen.“

Der Eindruck des Ultimatums in der Öffentlichkeit war von Anfang an der, daß Österreich den Krieg wolle. Die glatte Annahme, die gefordert wurde, hätte Serbien bestimmter Souveränitätsrechte beraubt und aus der Reihe der selbständigen Staaten gestrichen.

Serbien zeigte angesichts der außerordentlichen Gefahr das größte Entgegenkommen. Zwar lehnte es ab, für Kundgebungen privater Natur verantwortlich gemacht zu werden; doch bewilligte es sozusagen alle Forderungen. Auch Ziffer 5 konnte bei gutem Willen als erledigt betrachtet werden.

„Die Königliche Regierung muß gestehen, daß sie die Tragweite der von der Kaiserlichen und Königlichen Regierung unter dieser Ziffer gestellten Forderung, das heißt, daß Serbien die Mitarbeit österreich-ungarischer Staatsangestellter auf ihrem Territorium annehme, nicht vollständig erfaßt; aber sie erklärt sich dennoch bereit, solche Mitwirkung zuzugestehen, wenn diese mit den Grundsätzen des Völkerrechtes, des Rechtsverfahrens und guter nachbarlicher Beziehungen übereinstimmt.“

Der springende Punkt war aber bei Ziffer 6. „Es ist selbstverständlich, daß die Königliche Regierung es als ihre Pflicht

betrachtet, jeden in Untersuchung zu nehmen, der sich der Teilnahme an der Verschwörung vom 15. Juni schuldig gemacht hat und der sich auf serbischem Boden befindet. Was die Mitwirkung österreich-ungarischer Abgeordneter oder Behörden, welche von der Kaiserlichen und Königlichen Regierung für diesen Zweck zu ernennen wären, in einer solchen Untersuchung betrifft, so kann die Königlich Serbische Regierung den Vorschlag nicht annehmen, da ein solches Zugeständnis zu einem Bruch der Verfassung und zu einer Verletzung des Strafgesetzes führen würde. Nichtsdestoweniger könnte in gewissen Fällen Mitteilung über das Resultat solcher Untersuchungen den von der Österreichisch-Ungarischen Regierung bezeichneten Beamten gemacht werden."

Um trotz dieser Weigerung einen Bruch zu vermeiden, machte die serbische Regierung am Schlusse noch folgende Beifügung:

„Sollte die Kaiserliche und Königliche Regierung mit dieser Antwort nicht zufrieden gestellt sein, so erachtet die Serbische Regierung, daß es nicht im gemeinsamen Interesse liegt, die Sache zu überstürzen, da sie immer bereit ist, eine friedliche Lösung zu finden, indem sie die Frage entweder dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag unterbreitet oder den Großmächten, welche sich an der Abfassung der Erklärung, welche die Serbische Regierung am 18. März 1909 abgab, beteiligten, vorlegt."

Es hoffte zwar selber nicht auf irgend ein Entgegenkommen und erließ schon nachmittags 3 Uhr, den 25. Juli, die Mobilisationsordre.

Die Antwort wurde von Seiten der Donaumonarchie nicht als befriedigend erachtet; es erfolgte Abbruch der diplomatischen Beziehungen und am 25. Juli die Kriegserklärung an Serbien.

Österreich wußte, daß seine Haltung von seinem Bundesgenossen Deutschland gebilligt wurde. Deutsches „Weißbuch": „Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien eine Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hiebei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg ver-

wickeln könnte etc. Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslavismus zusammenbrechendes Österreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen könnten und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien."

Deutschland lehnte denn auch die Teilnahme an einer Vermittlungsaktion der Großmächte im österreichisch-serbischen Konflikte ab. Die längst befürchtete Katastrophe war da. Es folgte die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland (1. August 1914), das sich auf Seite seines Freundes Serbien gestellt und sein Heer mobilisiert hatte, ferner an dessen Verbündeten Frankreich (3. August). Wie zu erwarten war, wuchs sich der Krieg zum Weltkriege aus, der in Bezug auf Zahl der Kämpfenden und Aufwendung von technischen Hülfsmitteln alle früheren Kriege in den Schatten stellt.

## 8. Der Balkan im Weltkriege.

**Die Türkei.** Mit einem Schlage war die direkte Erregerin des Weltkrieges, die Orientalische Frage, in zweite Linie geschoben worden, und im Vordergrunde standen sofort die wirtschaftlichen Gegensätze der Großmächte England und Deutschland, als Folge ihrer imperialistischen Tendenzen. Und gegenwärtig, im August 1915, sehen wir die interessante Tatsache, daß seit der glänzenden Zurückweisung des österreichischen Angriffes durch die Serben die Waffen auf diesem Kriegsschauplatze ein halbes Jahr ruhen; ja, es wäre unten im Balkan ganz stille geworden, hätte nicht die Türkei ihr Schicksal mit dem der Zentralmächte verknüpft. Die Gründe hiefür liegen nicht gerade an der Oberfläche. Seit Jahrzehnten galt Deutschland, das an der militärischen und wirtschaftlichen Aufrichtung der Türkei arbeitete, als einziger zuverlässiger und selbstloser Freund; die jungtürkischen Führer, die im Verlaufe des Balkankrieges durch einen Gewaltstreich sich wieder die Leitung des Staates verschafft hatten, stehen ganz unter deutschem Einflusse (Enver Pascha); ausschlaggebend war wohl die Befürchtung, daß ein siegreiches Rußland die Meerengenfrage unbedingt auch zum Gegenstande der Friedensverhandlungen machen und eine Lösung nach seinem Willen erzwingen würde. Eine Schwächung Englands und

Rußlands, der zwei Staaten, die am meisten den türkischen Länderbesitz bedrohen, gäbe dem Osmanenreich größere Bewegungsfreiheit; auch die geheime Hoffnung, Verlorenes wieder zu gewinnen, mag mitgewirkt haben. England antwortete mit dem Angriff auf Mesopotamien, auf das es längst seine Blicke geworfen hat und mit der Annexion Ägyptens. Indem es den Khediven, der bei den Türken weilte, auf deren Seite er steht, absetzte und seinem Nachfolger den pompösen Titel Sultan verlieh, wollte es dem religiösen Einfluß des türkischen Kalifen in der mohammedanischen Welt Abbruch tun. Infolge des Dardanellenangriffes der Entente ist die Aktion der Türken gegen den Suezkanal und Ägypten bei den ersten Anfängen stecken geblieben. Wenig übersichtlich und kaum bedeutend sind auch die Kriegsereignisse im armenischen Hochlande; dafür sind die Kämpfe an den Dardanellen von größter Wichtigkeit. Gerade während des Weltkrieges ist, wie noch nie vorher, die außerordentliche Bedeutung, welche diese Meerengen für Rußland haben, ins Licht gerückt worden. Die fast absolute Isolierung vom Westen unterbindet seinen wirtschaftlichen Blutkreislauf und verhindert die dringend nötige Ergänzung des Kriegsmaterials. So ist es zu verstehen, daß die Entente die ungeheuren Opfer einer Forcierung auf sich genommen hat. Noch ist zur Zeit ein sicheres Urteil über Gelingen oder Mißlingen nicht zu fällen; sicher aber ist eines, daß der türkische Soldat — allerdings unter deutscher Führung — sich aufs neue als unübertroffener Defensivkämpfer ausgewiesen hat.

**Italien.** Am 24. Mai 1915 griff auch Italien in den Völkerkrieg ein, nachdem es zehn Monate der Überlegung gebraucht hatte, ob der österreichische Angriff auf Serbien als Kriegsfall ausgelegt werden könne. Daß es als Glied des Dreibundes, eines ausgesprochenen Defensivvertrages neutral geblieben war, konnte gewiß verstanden werden, da die Verbündeten über seinen Kopf hinweg gehandelt hatten. Für seine Haltung spricht auch der Neutralitätsartikel (Artikel IV) des Bündnisvertrages: „Falls eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die staatliche Sicherheit eines der hohen Vertragschließenden bedrohen würde und der Bedrohte dadurch gezwungen wäre, ihr den Krieg zu erklären, so verpflichten sich die beiden andern, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Ein jeder behält sich in diesem Falle vor, an dem Kriege teil-

zunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, mit seinem Verbündeten gemeinsame Sache zu machen.“ (II. öster. Rotbuch.)

Weniger verständlich war der direkte Übergang ins feindliche Lager. Von allem Anfang an war der Eintritt dieses romanischen Staates in ein Bundesverhältnis mit den Zentralmächten, speziell mit seinem „Erbfeinde“ Österreich, etwas Unnatürliches, abgesehen davon, daß der Ärger nie ein guter Berater ist. Die Festungsbauten an der österreichisch-italienischen Grenze und die „Irredenta“ wollten mit einem ehrlichen Bündnis nie recht stimmen. Die beidseitigen Aspirationen auf der Balkanhalbinsel verstärkten die nie erstorbenen Gegensätze. Wenig weitsehend, sich selber direkt schädigend, war die österreichische Politik. Der Übermut und der Haß gegen Serbien spielten da mit, und ein Fehler löste den andern aus. Die Festsetzung der Serben an der Adria bedrohte die Sicherheit der Donaumonarchie in keiner Weise; eine seltene Gelegenheit war da, Balsam in die 1908 durch die Annexion Bosniens aufgerissenen Wunden zu gießen; eine Anerkennung der serbischen Okkupation hätte Italien die harte Nuß zu knacken gegeben, die Serben allein aus Albanien zu werfen. Eine verpaßte Gelegenheit! In erster Linie nützte Italien die Verlegenheit aus, in der sich Österreich im Kriegsanfange befand und besetzte das albanische Valona. Wohl verletzte es damit das geschlossene Abkommen; doch handelte es „im Interesse der Humanität“, indem es „die gestörte Ordnung“ wieder herstellte. Je mehr die Schwierigkeiten und Gefahren für die Donaumonarchie sich steigerten, desto mehr verstärkte sich das Abrücken Italiens von seiner neutralen Stellung. Schon sprach man allen Ernstes vom Untergange des Habsburgerstaates, sodaß bisher zurückgedrängte Wünsche die öffentliche Meinung beherrschten. Immer lauter und drängender forderten Presse und Straße die Erlösung der „unbefreiten Gebiete“, des Trentino und Istriens; die kühnsten Hoffnungen erhielten Kurs. Triest und ganz Dalmatien sollten italienisch werden, obgleich man sich bei letzterem durchaus nicht auf das Nationalitätenprinzip berufen konnte. Dalmatien ist, einige Städte ausgenommen, rein kroatisch. Man redete von der ungeschützten Ostküste Italiens, der fortwährenden Bedrohung durch die buchtenreiche und sichere Ankerplätze bietende dalmatinische Küstenlinie. Bei Albanien hoffte man auf keinerlei Schwierigkeiten. Schon sah man den Ring bis Valona geschlossen; die Adria mußte eine italienische See und

Österreich für immer vom Meere abgedrängt werden. Vergeblich waren die Zugeständnisse, die Österreich auf Drängen Deutschlands hin gewährte, um die Neutralität Italiens zu erkaufen. Nicht eine Abschlagszahlung, alles wollte man haben. Die aufgepeitschten nationalistischen und imperialistischen Instinkte wollten um jeden Preis den Krieg gegen den Erbfeind. Begründet wurde der auffällige Frontwechsel mit Österreichs Angriff auf Serbien, der den Bündnisvertrag verletzt habe:

Art. VII. „Österreich-Ungarn und Italien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen status quo im Oriente im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß anzuwenden, damit jede territoriale Veränderung, die der einen oder anderen der den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnenden Mächte von Nachteil wäre, hintangehalten werde. Sie werden einander zu diesem Behufe alle Aufschlüsse geben, die geeignet sind, sich gegenseitig über ihre eigenen Absichten, sowie über die anderer Mächte aufzuklären. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß im Verlaufe der Ereignisse die Aufrechterhaltung des status quo im Gebiete des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder Ägäischen Meere unmöglich würde, und daß, entweder infolge des Vorgehens einer dritten Macht oder sonst wie, Österreich-Ungarn oder Italien genötigt wären, den status quo durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung zu verändern, so würde diese Besetzung nur stattfinden nach einer vorangegangenen Übereinkunft zwischen den beiden Mächten, welche auf dem Prinzipe einer gegenseitigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile, die eine jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erlangen würde, zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte.“

Vor Ausbruch des Weltkrieges hatte Österreich auch Rußland gegenüber erklärt, daß es die territoriale Integrität des Königreiches Serbien nicht anzutasten gedenke. Man hielt das für ungenügend und stellte das Vorgehen Österreichs als Vertragsbruch dar, der eine Neuorientierung begründe. „Das Prinzip vorgängiger Abkommen bezüglich des Balkans sei bei den späteren Erneuerungen des Bündnisses festgelegt worden, um so die Interessen der beiden Länder miteinander in Einklang zu bringen. Im Gegensatz dazu habe Österreich am 23. Juli das Ultimatum an Serbien gestellt, ohne sich mit Italien zu verständigen und ohne auf die Ratschläge der Mäßigung,

die ihm durch die königliche Regierung übermittelt worden, zu hören. Daher sei der status quo auf dem Balkan gestört worden etc. etc.“ So sind die Würfel denn gefallen, und die Zukunft wird lehren, ob die Rechnung Italiens in allen Teilen stimmt und ob die erlangten Vorteile das Blut seiner Söhne aufwiegen. Auf dem Balkan wenigstens scheinen die Schwierigkeiten erst recht zu beginnen, haben doch die Montenegriner kurz nach der Kriegserklärung Italiens Skutari besetzt und auch die Serben einen Vorstoß gegen die Adria gemacht; in Österreich werden sogar Stimmen laut, die eine Vereinigung Albaniens mit Griechenland anregen.

**Griechenland.** Der Europäische Krieg, wie er sich in der Folge entwickelte, berührte auch die spezifischen Balkanstaaten aufs innigste. Abgesehen von Montenegro, das mit Serbien, Rußland und Italien durch enge verwandtschaftliche Bande verknüpft ist und sich deshalb sofort auf die Seite der stammesverwandten Serben schlug, blieben die andern, Griechenland, Rumänien und Bulgarien, bis jetzt neutral. Immerhin ist ihre politische Verfassung derart, daß jeden Augenblick ein Eingreifen in den Krieg erfolgen kann.

Griechenland hatte im Balkankrieg am besten abgeschnitten, mit den geringsten Opfern am meisten Erfolge errungen. Die erste Sorge war, den Gewinn zu behaupten und nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Natürlich ließen die zwei Mächtegruppen kein Mittel unversucht, die Balkanstaaten auf ihre Seite zu ziehen. Den Lockungen der Entente schien zuerst Griechenland zu erliegen. Während ihrer Dardanellenaktion eröffnete sie ihm Aussichten auf kleinasiatische Küstengebiete, Smyrna und dessen Hinterland, sodaß der Staatslenker Venizelos, sonst gewiß ein kühler Rechner, die Zeit zum Eingreifen als gekommen erachtete. Die Freundschaft Bulgariens sollte durch Landabtretungen in Makedonien, besonders durch die Auslieferung der Hafenstadt Kawala gewonnen werden. Gegen seinen erfolgreichen Staatsmann legte aber der König Konstantin das Veto in die Wagschale. Die Größe des Risikos und seine deutschfreundliche Gesinnung (Schwager des Kaisers) mögen ihn dazu bewogen haben. So mußte Venizelos gehen. Der König durfte sich dieses Experiment erlauben, da er als siegreicher Feldherr der Liebling des Volkes geworden war. Diese Zuneigung äußerte sich besonders in rührender Weise anläßlich seiner schweren Erkrankung, von der er auch jetzt noch nicht völlig hergestellt ist. Mit dem Schicksal des Kö-

nigs war das seines Landes aufs engste verknüpft. Die Ereignisse scheinen bis jetzt dem König Recht zu geben. Zwar haben die Neuwahlen für die Volksvertretung Venizelos eine bedeutende Mehrheit gebracht, sodaß er in absehbarer Zeit wohl wieder an der Spitze der Regierung stehen wird; hingegen haben die Eroberungspläne Italiens die Griechen doch nachdenklich gestimmt. Trug dieses Land schon mit Schuld daran, daß Nordepirus nicht mit dem Reiche vereinigt werden konnte, so bedeuteten die Besetzung Valonas, die Absichten auf die Adria und die Festsetzung auf den Ägäischen Inseln, die eine reine griechische Bevölkerung haben, eine schwere Bedrohung. Zudem hatte der griechische Handel glänzende Zeiten. Die ungeheuren Verluste beim Dardanellenangriff sind für ein Mitmachen auch nicht gerade verlockend. Allerdings quittierte England mit einer scharfen Blockade der griechischen Küsten, was in Griechenland eine nicht geringe Aufregung verursachte. Nach allem bedeutet eine zweite Ministerpräsidentschaft von Venizelos noch nicht zum vorneherein den Krieg.

**Rumänien.** Ein hartumworbenes Land, das mit seinen Entschlüssen auf der Wage steht, ist auch Rumänien. Durch Rumänien und Bulgarien ging bis jetzt der Verkehr der Zentralmächte mit ihrem Verbündeten, den Türken. Eine völlige Unterbindung der Kriegslieferungen wäre verhängnisvoll. Auch als Nahrungsmittellieferant ist Rumänien den Zentralmächten von großem Werte. Lange Jahre hindurch war die rumänische Politik durchaus dreibundfreundlich. Seit 1891 hat es einen Defensivvertrag mit Österreich, der sich gegen Rußland richtet, und noch, wie man behauptet, bis 1920 läuft. Die Aufteilung der Türkei unter die Balkanstaaten verminderte die russische Gefahr und brachte anderseits eine starke Erkaltung gegenüber Ungarn, das in seiner magyarisierenden Politik und auch in seiner Balkanpolitik die Rumänen wie die Serben vor den Kopf stieß. Es kommt hinzu, daß der Weltkrieg alle Expansionsinstinkte mobil gemacht hat; jeder Staat will seinen Landbesitz vergrößern. Millionen von Rassegenossen wohnen außerhalb der rumänischen Landesgrenze. Sowohl das russische Bessarabien, als auch die österreichische Bukowina waren einst Bestandteile der Donaufürstentümer; schon sprechen die Großrumänen von einem Reiche, das neben den genannten Ländern auch das ungarische Siebenbürgen, ja sogar das Banat umfassen soll. Durch Versprechungen und Kompensationen aller Art versucht der Vier-

verband, einen neuen Bundesgenossen, die Gegenpartei, wenigstens eine wohlwollende Neutralität zu erlangen. Doch kann Rumänien sich nicht frei entschließen; denn durch sein Eingreifen in den Balkankrieg hat es sich einen bösen Nachbarn auf den Hals geladen.

**Bulgarien.** Geradezu als Schicksalsstaat in Bezug auf den Gang der Ereignisse auf dem Balkan muß Bulgarien bezeichnet werden. Als einziger direkter Nachbar hat es die Angriffsbasis zu Land gegen Konstantinopel in der Hand. Ernsthafte Stimmen aus Kreisen der Entente erklären, daß die Forcierung der Meerengen nur dann Erfolg haben könne, wenn parallel dazu der direkte Angriff auf Konstantinopel einzusetzen vermöge. Doch war Bulgarien bis jetzt nicht zu gewinnen. Einmal hat das Land nach zwei verlustreichen Kriegen dringend Ruhe nötig; zudem ist es infolge des Bukarester Friedens mit allen Nachbarn zerfallen. Die gründliche „Revision dieses Unrechtes“ ist die erste Bedingung für ein Entgegenkommen. Dabei würden aber Serbien, Griechenland und Rumänien in Mitleidenschaft gezogen, von denen, wie man hört, besonders die beiden ersten jede Landabtretung verweigern. Der andere Kaufpreis, Konstantinopel selber, wird infolge Widerstrebens der Balkanstaaten und Rußlands kaum aufzubringen sein. So vermögen vorderhand die Zentralmächte samt der Türkei, die laut Zeitungsberichten eine Grenzregulierung bei Adrianopel zur Freilegung der Dede-Agatschlinie zugesteht, dem Vierverband das Gleichgewicht halten. Daß gegenwärtig (Anfang August) die deutschen Großbanken ein bulgarisches 500 Millionen-Anleihen plazieren, spricht nicht für ein Einlenken dem Vierverbande gegenüber.

**Schluß.** Vom Resultate des allgemeinen großen Ringens hängt auch die Gestaltung der Dinge auf dem Balkan ab. Wird die Türkei aus Europa oder sogar überhaupt verschwinden? Niemand weiß es vorauszusagen; alles Geschehen ist noch im Fluß begriffen. Für uns Zuschauer, für den Frieden und die Entwicklung ganz Europas ist nur zu hoffen, daß die Lösung der Balkanfrage eine naturgemäße sei; denn die Unnatur, die künstlichen politischen und wirtschaftlichen Zwangsgebilde sind die Hauptursachen des gegenwärtigen, unglückseligen Krieges.

Abgeschlossen Mitte August 1915.